

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 184

SONNTAG, 20. Dez. 1936

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Das Urteil von Chur
Europäische Kriegsgefahr
Der japanische Freund
Kriegsabitur

Kriegswinter ohne Krieg

Die Leiden des deutschen Volkes unter der Diktatur

Das deutsche Volk erlebt einen echten, leidensvollen Kriegswinter. Er ist ihm von der Diktatur auferlegt worden. Hier ist keine Rede von unentrinnbaren Notwendigkeiten, von Zwangslagen, die jeden, der regiert, zu gleichen Schritten zwingen würden. Was heute in Deutschland ist, verdankt das deutsche Volk der willkürlichen, freiwilligen Entscheidung seiner Regierung. Seine Leiden sind nicht wie eine Naturkatastrophe hereingebrochen. Sie sind planmäßig, zielbewußt herbeigeführt worden. Es sind gewollte Leiden — gewollt nicht vom Volke, aber von seiner Regierung. Sie sind der Preis, den die deutsche Regierung für ihre Politik der Kriegsvorbereitung zahlt — nicht auf ihre Kosten, sondern auf Kosten des Volkes.

Wenn man die aus Deutschland einlaufenden Berichte überblickt, die sich mit der Ernährungslage, mit der Wohnungsfrage, mit der Bekleidung und dem Gesundheitszustand der Bevölkerung beschäftigen, so entrollt sich ein Bild, das verzweifelte Ähnlichkeit mit den letzten Kriegswintern des Weltkrieges hat. Die großen Parallelen zwischen den letzten Kriegswintern und der heutigen Lage auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft und der Währung werden äußerlich nicht ohne weiteres sichtbar. Aber ihre Rückwirkungen auf die Lebenshaltung des Volkes lassen sich nicht verbergen, sie gehen ins Massenbewußtsein ein.

Mit nationalistischen Redensarten lassen sich Hungernde auf die Dauer nicht abpeisen, und selbst der brutalste Terror wird wirkungslos, wenn physischer Zusammenbruch ein Volk zur Verzweiflung treibt. Es gibt Symptome genug aus Deutschland, die es erkennen lassen, daß das Land rasch katastrophalen Zuständen entgegentreibt. Den Kommandeuren mag es tiefe Befriedigung bedeuten, daß wenigstens planmäßig und geordnet gehungert wird — seit den Boxheimer Dokumenten ist bekannt, daß sie ihr Regime als ein Regime der Ueberorganisation des Hungers von vornherein angesehen haben — dem leidenden Volke aber ist anders zuzumute. Die den Weltkrieg bewußt miterlebt haben, Männer und Frauen, blicken um sich und stellen fest: alles wie damals.

Auf den Plätzen in den Städten stehen Einrichtungen, um die Bevölkerung zum Opfern anzuregen — so wie man im Weltkrieg in Deutschland überall für 10 Pfennige den »Eisernen Hindenburg« nageln konnte. Abschraubkommissionen, gebildet von Hitlerjugend und SA, ziehen umher und schrauben Türklinken und Ofentüren ab, beschlagnahmen Küchengeräte, Tür- und Treppenverzierungen, Dachrinnen und Aschenbecher. Soldaten sammeln Wollsachen, während die Bevölkerung schon längst auf Textilersatzstoffe verwiesen wird.

Die notwendigen Nahrungsmittel werden immer knapper. Auch hier ist der Kriegersatz wieder auferstanden. Das dauernde Sinken des Reallohnes verschlechtert den Ernährungszustand der Bevölkerung immer mehr. Dazu kommt der absolute Mangel — vor allem an Fettstoffen — der sich auf die Dauer gefährlich auswirken muß. Seit der Einführung des Listensystems für den Verkauf von Fett und Butter, das im Prinzip auf die Wiedereinführung der Fettkarte hinausläuft, gibt es niemanden mehr, der sich über die verzweifelte

Ähnlichkeit mit den letzten Kriegswintern nicht im klaren ist.

Die gewaltige Ausdehnung, die die Grippe-Epidemie in Deutschland gefunden hat, beruht auf der langsamen, aber sicheren Schwächung durch den behördlich angeordneten Mangel. Die deutsche Medizin bemüht sich, dem Volke die wohltätigen Wirkungen der Nahrungsmittelknappheit und der fleisch- und fettarmen Ernährung vorzureden — wie im Kriege — aber die Natur widerlegt die Zweckargumente der gleichgeschalteten Wissenschaft.

Die Propagandakünste aber — die Methode der Zweckerzählungen hier und des Schweigens da — übertreffen alles, was auf diesem Gebiet in den letzten Kriegsjahren geleistet worden ist. Das Propagandaministerium hat gerade jetzt dem deutschen Volke eine Lektion über das Wesen der dirigierten Wahrheit erteilt. Es hat zwei Wochen lang der Presse völliges Schweigen verordnet über die mit der Abdankung des englischen Königs zusammenhängenden Vorgänge. Das deutsche Volk hat volle zwei Wochen lang nicht erfahren dürfen, was die ganze Welt wußte und was

sie erregte. Es war eine Generalprobe des Verschweigens wichtigster politischer Tatsachen. In welcher seelischen Verfassung wird sich auf die Dauer ein Volk befinden, das mit solchen Mitteln in unwürdiger Unwissenheit gehalten wird? Die letzten Kriegsjahre des Weltkrieges in Deutschland geben darauf eine Antwort. Damals nahm ein großer Teil der Bevölkerung ohne weiteres an, daß jede amtliche Nachricht erlogen sei, weil sie amtlich sei. Nach dieser Generalprobe des Schweigens erhebt sich übrigens die Frage: Wenn das System in der Lage ist, so wichtige, die ganze Welt berührende Dinge zwei Wochen lang dem deutschen Volke zu verschweigen, was kann es dann alles mit dieser Methode der dirigierten Wahrheit dem Volke erzählen? Von der Verschweigung weltwichtiger Tatbestände bis zur Erfindung weltwichtiger Tatbestände ist nur ein Schritt. Es ist alles schon dagewesen. Als im Herbst 1918 der Führer der preußischen Konservativen, Heydebrand v. d. Lasa, über die wahre Kriegslage unterrichtet wurde, rief er aus: »Wir sind belogen und betrogen worden!« Und das sagte ein Systemmann von damals!

Aber ist es denn wirklich ein Kriegswinter ohne Krieg, den das deutsche Volk jetzt durchlebt? Halte nicht die Welt wider vom Kriegslärm in Spanien? Werden nicht in Deutschland die Fliegerbomben fabriziert, mit denen in Madrid Frauen und Kinder ermordet werden? Schickt nicht das braune System Formationen den spanischen Rebellen zu Hilfe, die Franco und Genossen »blonde Mohren« nennen, zum Unterschied von den braunen Mohren, die sie aus Marokko beziehen? Treffen nicht schon wieder in Hamburg Verwundetentransporte aus Spanien ein und führt nicht das System selbst einen brutalen Ausrottungskrieg gegen alle, die sich ihm nicht schweigend unterwerfen wollen, brutaler als jemals ein Kriegsfeind gegen fremde Völker vorgegangen ist?

Dennoch ist ein entscheidender Unterschied gegenüber den Kriegswintern 1916-1917 und 1917/1918. Damals gab es im deutschen Volke wenigstens noch einen Ausblick und eine Hoffnung — die Hoffnung auf Frieden. Die deutschen Kriegswinter von heute aber lassen keinen Raum für diese Hoffnung; denn sie dienen der Vorbereitung des Krieges.

Achtstundentag — das war einmal!

Furchtbare Ueberarbeit im Baugewerbe

Von den kulturellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung geht ein Stück nach dem anderen hin. Der Achtstundentag, der am 10. November 1918 durch die berühmte Verordnung der Volksbeauftragten proklamiert wurde, war schon zur Zeit der Republik Gegenstand ständiger Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Nachdem die Arbeiter niedergeschlagen waren, begann man die sozialen Einrichtungen, die in den »Jahren der Schmach« entstanden waren, eine nach der anderen abzubauen. Nun ist es soweit, daß auch diese Frucht des »Novemberverechens«, der Achtstundentag, stückweise beseitigt wird. Durch eine Neuregelung im Baugewerbe wird für »dringliche« Bauten — welche werden nicht »dringlich« sein? — die 48-Stundenwoche abgeschafft. Zwar soll die Mehrarbeit grundsätzlich als Ueberarbeit gelten, doch ist — und darin liegt die besondere Tücke — innerhalb von acht Wochen ein Ausgleich möglich in der Weise, daß die Ueberstunden gegen verlorengegangene Schlechtwetterstunden verrechnet werden können.

Da die Löhne im Baugewerbe längst eine sinkende Tendenz zeigen, wird sich das breite Loch, das in den Achtstundentag gerissen ist, sehr schnell erweitern. Die Arbeiter werden sich nach Ueberstundenarbeit drängen, um durch sie einen gerade noch erträglichen Lebensunterhalt herauszuholen.

Daß es sich keineswegs nur um eine vorübergehende Ausnahmeregelung handelt, beweist die Vorgeschichte dieses Angriffs. Als vor einiger Zeit der Reichsminister Frank in München erklärte, »wir werden unsere Währung nicht abwerten, aber wir werden die Arbeit aufwerten, so wußten viele noch nicht, was dieser dunkle Ausspruch zu bedeuten habe. Deutlicher wurde man auf dem Goslarer Bauerntag, wo man eine Verlängerung der Arbeitszeit in der Industrie verlangte, um den Zug der Landarbeiter nach der Stadt aufzuhalten. Schließlich war es der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Syrup, der in der »Deutschen Wirtschaftszeitung« ganz allgemein die Forderung nach

einer Verlängerung der Arbeitszeit erhob. Gleich darauf kam die Neuregelung im Baugewerbe. So muß jedermann sehen, wohin die Reise geht. Das Geld, das die großen Scharfmacher in der NSDAP anlegten, macht sich immer besser bezahlt.

Wie lange die Arbeitszeit ist, die jetzt im Baugewerbe für zulässig gehalten wird, läßt sich nun nicht ohne weiteres feststellen. Nach den Zeitungsberichten handelt es sich um einen Ersatz der 48-Stundenwoche durch die 60-Stundenwoche, des Achtstundentages durch den Zehnstundentag. Der Wortlaut der Verordnung, die vom Treuhänder der Arbeit für Brandenburg als dem Sondertreuhänder für das Baugewerbe im ganzen Reich erlassen ist, läßt jedoch noch eine andere Auslegung zu. Der § 3 besagt:

»Der Betriebsführer kann in dringenden Fällen Mehrarbeit bis zu 60 Stunden wöchentlich und zehn Stunden täglich anordnen.«

Das würde nicht den Zehnstundentag, sondern den Achtzehnstundentag, und

nicht die 60-Stundenwoche, sondern die 108-Stundenwoche bedeuten, wenn man es wörtlich nimmt. Allerdings ist schwer festzustellen, was sich ein sogenannter Treuhänder beim Erlaß seiner Verordnungen eigentlich gedacht hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die Praxis im Baugewerbe schon längst über die 60-Stundenwoche hinausgeht. So wird uns aus Sachsen berichtet, daß Ueberstunden bis zu 30 in der Woche im Baugewerbe keine Seltenheit sind. Aus Südwestdeutschland wird uns berichtet, daß beim Bau eines großen Militärlazaretts Tag und Nacht und am Sonntag gearbeitet wird. Die Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit werden nicht gezahlt. Die Arbeiter arbeiten bis zu 100 Stunden die Woche ohne einen Pfennig Zuschlag.

Die Ueberhundertstundenwoche ist also schon auf dem Wege zur Verwirklichung, gleichviel, was sich der Treuhänder bei der Abfassung seiner grausamen Verordnung gedacht hat. Vielleicht ist die zweideutige Fassung sogar absichtlich gewählt, um den wahren Stand der Dinge zu vernebeln.

Das Urteil von Chur

Wer drückte Frankfurter den Revolver in die Hand?

David Frankfurter wird den tödlichen Schuß, den er auf einen Vertreter des braunen Systems abgegeben hat, mit seinem Leben bezahlen. Denn daß dieser tuberkulöse junge Mann nach achtzehn Jahren den Kerker lebendig verlassen wird, ist wenig wahrscheinlich. Die Richter haben dem Buchstaben des Gesetzes genügt. Wer jedoch mit dem Willen zu einer höheren Gerechtigkeit an den Fall herantritt, wird finden, daß der wirklich Schuldige weit im Hintergrund geblieben ist.

Dieser Schuldige hat selbst den deutlichsten Beweis seines Schuldbewußtseins gegeben, indem er die Stimme der Anklage unterdrückte. Nicht ein Wort durften die reichsdeutschen Zeitungsleser, die Hörer

des reichsdeutschen Rundfunks von der Rede erfahren, in der ihm einer der angesehensten Rechtsanwälte der Schweiz die Maske vom Gesicht riß. Die servile Presse hat auf Befehl Dr. Curti spaltenlang beschimpft, sie hat in unzähligen Abwandlungen versichert, daß er nichts als Märchen, Lügen und Verleumdungen vorgebracht habe, — aber keine einzige Zeitung hätte es wagen dürfen und hat es gewagt, auch nur eine Zeile von dem zu bringen, worin diese Märchen, Lügen und Verleumdungen bestanden haben sollen. Die servile Presse erklärt mit einem Gleichklang, der wenig kurzweilig wirkt, die Rede Curtis sei sehr langweilig gewesen. Sie mag freilich den schon Unterrichteten nicht

Die europäische Gefahr

Der Völkerbund und der spanische Bürgerkrieg

allzu viel Neues gebracht haben. Für reichsdeutsche Leser jedoch wäre sie eine Kette aufreizender und aufpeitschender Enthüllungen gewesen. Das konnte das schuld bewußte System nicht ertragen und deshalb mußte der sachliche Bericht über die Ausführungen Curtis durch Anpöbelungen seiner Person ersetzt werden.

Das deutsche Volk soll nicht erfahren, in welcher Weise Menschen zur Verzweiflung getrieben werden, es soll nicht wissen, wer in Deutschland den Mord zu einem Mittel des politischen Kampfes gemacht hat. Es soll glauben, das seien die Juden gewesen, und die Juden seien es gewesen, die Frankfurter »den Revolver in die Hand gedrückt« hätten.

Es waren aber keine Juden, die den politischen Mord nach Deutschland brachten. Nicht Juden haben Erzberger, Eisner, Gareis, Rathenau ermordet, auf Scheidemann und Harden gefährliche Mordanschläge verübt. Nicht Juden haben den General Schleicher, seine Frau, Gregor Strasser, Klausener, den österreichischen Kanzler Dollfuß und viele andere politische Gegner erschossen. Nicht Juden waren es, die in Potempa vier Mann hoch über einen Schlafenden herfielen und ihm die Kehle zertraten. Nicht Juden waren es, die die verurteilten Mörder feierlich als ihre Kameraden begrüßten und sie aus dem Gefängnis befreiten. Nicht Juden ermordeten den Professor Lessing und den Ingenieur Formis auf tschechoslowakischem Boden. Nicht Juden waren es, die unseren Hannes Stelling in viehischer Weise abschlachteten, die unseren Husemann, Fechenbach, Sachs und ungezählte andere brave und hochgesinnte Männer in Konzentrationslagern und Gefängnissen einen blutigen Tod sterben ließen. Unter denen, die diese grausamen Taten verübten, war kein Jude. Viele Juden waren unter den Opfern.

Es waren auch nicht die Juden, die Frankfurter »den Revolver in die Hand drückten«. Das waren diejenigen, die durch ihre barbarische Judenhetze die Stimmung schufen, aus der diese Mordtat entsprungen ist und die in unermesslicher Zahl Vorbilder für sie geliefert haben. Allerdings muß gerechterweise hinzugefügt werden, daß Frankfurter in einem wichtigen Punkt seinen Vorbildern nicht gefolgt ist: er ist nach seiner Tat nicht davon gelaufen, er hat sich nicht zu verbergen gesucht, sondern sich selbst den Behörden gestellt. So geht er für den Rest seines Lebens ins Gefängnis. Für die vielen Morde, die anderswo unbestraft geblieben sind, wäre sein Freispruch noch kein Ausgleich gewesen.

Wer das System der Kriegslüge studieren will, mußte während des Prozesses Frankfurter die braune Presse lesen und die braunen Sender hören. Nach derselben Methode wird man eines Tages beweisen, daß das unschuldige Deutschland von Holland, Belgien, Dänemark, der Tschechoslowakei oder sonstwem überfallen worden sei. Läge es nicht im wohlverstandenen Interesse aller Friedensfreunde, dieser Lügenmacht entgegenzutreten und jeden, der sich bemüht, die Wahrheit nach Deutschland zu tragen, als Helfer im Kampf um den Frieden zu schätzen?

Die neue Offensive im Krieg gegen die Juden läßt Schlimmes befürchten. Desto lauter muß gesagt werden, daß es ein Deutschland gibt, das diesen Krieg wie den Krieg überhaupt nicht will. Dieses ehrenhafte, anständige, aber jetzt beispiellos unterdrückte Deutschland steht noch immer zu dem Grundsatz, daß kein Mensch wegen seines Glaubens oder seiner Rasse verfolgt werden darf, daß das Wort frei und das Recht für alle gleich sein sollte. Erst wenn dieses ehrenhafte und anständige Deutschland über seine Unterdrücker gesiegt haben wird, wird es keinen politischen Mord mehr geben und auch keinen politischen Massenmord, der Krieg heißt.

Neue Ausbürgerungen

Ehrenliste für Gegner des Dritten Reichs

Das Dritte Reich verfolgt mit wütendem Hasse alle aufrichtigen Gegner, die in Wort und Schrift die Wahrheit über Deutschland sagen. Es hat abermals 39 Personen ausgebürgert. Die Begründungen, die amtlich den Ausbürgerungen beigegeben werden, lassen den haßerfüllten Rachecharakter dieser Ausbürgerungen erkennen. Wir geben im folgenden die Begründungen für die Sozialdemokraten wieder, die sich auf dieser Liste befinden:

»Georg Beyer (früher Markdewitz), jüdischer Redakteur, war bis zur Machtüber-

Die Sitzung des Völkerbundes vom 12./13. Dezember, die sich mit der spanischen Frage befaßte, war ein neues Symptom für den Verfall des internationalen Rechts in Europa wie für die Aushöhlung des Völkerbundes durch die großen Völkerbundsmächte selbst. Der Völkerbund ist beiseite geschoben. Was vorliegt, ist das Bemühen der französischen und der englischen Regierung, einen kriegerischen Konflikt zu lokalisieren mit Mitteln, die niemals in Einklang zu bringen sind mit dem Sinn des Völkerbundes und mit der Idee der kollektiven Sicherheit. Der Verfall der Ideologie des Rechts, die den europäischen Frieden sichern sollte, macht reißend schnelle Fortschritte.

Aus dieser Sitzung hob sich von den ausweichenden Erklärungen der französischen und englischen Vertreter die Rede des spanischen Außenministers Alvarez del Vayo ab. Diese Rede zeichnete die Problematik der heutigen europäischen Lage ohne Verhüllung. Wir geben die folgenden Stellen daraus wieder:

»Schon im September habe ich die Ehre gehabt, von der Tribüne der Völkerbundsversammlung die Gefahr für den Frieden anzukündigen, die einer neuen Form des Angriffs entspringt.

Diese Form erlaubt einem Staate, tatsächlich den Krieg zu beginnen ohne vorhergehende Erklärung, indem er zunächst eine innere Rebellion provoziert und ihr dann militärischen Beistand leistet.

Zur selben Zeit trug ich der Beharrlichkeit Rechnung, mit der man von verschiedenen Seiten den unwiderleglichen Beweis meiner Anschuldigungen verlangte. Diese Beweise besaß die spanische Regierung. Sie waren schon enthalten in den Noten, die wir an die Mitglieder des Nichtinterventionsausschusses in London gesandt haben und die in unserem Weißbuch wiedergegeben waren. Heute sind diese Beweise derart geworden, daß niemand ernstlich an der Realität der Tatsache zweifeln kann. Im September habe ich auf jenen tragischen Beweis hingewiesen, den die Tausende von jungen Menschen bilden, die in den Laufgräben der Freiheit als Opfer der faschistischen Luftwaffe und des fremden Kriegsmaterials gefallen sind, das Monate hindurch nach Spanien gebracht worden ist unter Bruch des Nichtinterventionspaktes durch jene, die die systematische Verletzung der Verträge und ihrer internationalen Verpflichtungen zur Achse ihrer internationalen Politik gemacht haben. Heute kommt Madrid zu jenen unwiderleglichen Beweisen hinzu. Niemand kann den Wert dieses Zeugnisses in Zweifel ziehen. Alle fremden Missionen, die Spanien besucht haben, haben eine neue An-

klage gegen diese Ungeheuerlichkeit berichtet:

Die Hauptstadt eines Mitgliedstaates des Völkerbundes ist in Ruinen verwandelt, Hunderte und aber Hunderte von Frauen und Kinder dieser Hauptstadt sind ermordet worden unter der Führung rebellischer Generale, von der Luftwaffe von Staaten, die in der Tat den Krieg entfesselt haben und die den Krieg fortsetzen, während man noch von der Aufrechterhaltung des Friedens spricht.

Der Krieg ist also da, der internationale Krieg auf spanischem Boden. Wir haben in diesen letzten Tagen gesehen, wie die Rebellen infolge der Niederlage der marokkanischen Truppen sich auf die Hilfe neuer Kontingente vorbereiten, die sie selbst die »blonden Mohren« nennen. Darüber hinaus muß man sich darauf gefaßt machen, daß in den Angriffen gegen Madrid Giftgas, das in den letzten Tagen schon gebraucht worden ist, weiter angewandt worden ist und daß die Beschießung der Arbeiterviertel immer heftiger wird, weil man versucht, durch die Panik das Resultat zu erzielen, das man mit anderen Mitteln nicht erreichen konnte. Es würde so unnütz wie gefährlich sein, diese Situation weiterhin nicht sehen zu wollen und auch nicht das, was für den Völkerbund an noch Schlimmerem eintreten könnte: Daß er nämlich durch sein Schweigen und seine Passivität die Ausdehnung des Krieges ermöglicht.

Es ist wahr, daß man sich einen europäischen Frieden vorstellen könnte, der das Ergebnis einer Politik fortgesetzter Kapitulationen vor dem Angriff der Kräfte der Zerstörung und des Krieges sein würde. Nachdem es Deutschland und Italien gelungen sein würde, Spaniens Herr zu werden, wobei sie von der Gelegenheit profitieren würden, um für sich die Balearen und vielleicht noch andere interessante Seestützpunkte zu behalten, sei es im Mittelmeer, sei es im Atlantik, könnte das Spiel anderwärts übertragen werden. Andere demokratische Länder, die gleichermaßen als gefährliche Herde der Verwirrung und internationaler Schwierigkeiten angesehen werden, könnten ebenso zur Ohnmacht verurteilt werden und als endgültigen Ausgang könnte man ein vollkommen befriedetes Europa voraussehen, indem alle die Probleme und alle die Schwierigkeiten dann gelöst sein würden, »dank der wohlthätigen Aktion des internationalen Faschismus.

Es ist ebenso wahr, daß dieser Friede dann das Leben von Millionen von Männern, Frauen und Kindern gekostet haben würde, daß zahlreiche Hauptstädte das Schicksal von Madrid erlitten haben wür-

den, daß Hunderte von Städten das Geschick von Carthago und Alicante erfahren haben würden; aber offiziell würde der Friede nicht gestört worden sein. Und wenn die spanische Regierung geglaubt hat, die schwere Verantwortung auf sich nehmen zu müssen, die Einberufung des Völkerbundesrates zu verlangen, so hat sie es gerade getan, um auf die feierlichste Form ihren festen Entschluß zu bekunden, sich für ihren Teil dieser paradoxen und mörderischen »Friedenspolitik« entgegenzustellen.

Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, welche Tatsachen die spanische Regierung vor sich hatte, als sie die Einberufung des Rates verlangte. In erster Linie waren die spanischen Rebellen soeben durch zwei europäische Großmächte als eine legitime Regierung anerkannt worden, durch Deutschland und Italien. Alsbald nach dieser Anerkennung drohte der Chef der Rebellen die Blockade über die Regierungshäfen zu verhängen. Zur gleichen Zeit wurden Seeangriffe an verschiedenen Punkten der spanischen Küste durchgeführt von Schiffen, deren Nationalität nicht festgestellt werden konnte. Zwei Kriegsschiffe der Regierung sind am Eingang des Hafens von Chatagena von zwei Unterseebooten angegriffen worden, ebenfalls von unbekannter Nationalität. Dies Zusammenreffen von Umständen hat die spanische Regierung fürchten lassen, daß die internationalen Konsequenzen der spanischen Militärrevolte eine für den Frieden von Europa besonders bedrohliche Wendung nehmen könnten. Die spanische Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, alles zu tun, was möglich ist, damit der Völkerbundspakt spielen könne, zumindest für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens. Da die präventive Wirksamkeit des Paktes, von der man in der letzten Zeit so viel gesprochen hat, den Angriff nicht hat verhindern können, dessen Opfer Spanien ist, so möge sie wenigstens den allgemeinen Brand vermeiden, der jeden Tag drohender wird. Wenn die spanische Regierung die Ratsitzung gefordert hat, so einzig deshalb, weil in der Tat bereits ein internationaler Krieg besteht, der sich, wenn man fortfährt, die Augen vor ihm zu verschließen, in dem Augenblick, in dem man es am wenigsten vermuten wird, auf unheilbare Weise ausbreiten wird.

Del Vayo schloß, indem er allen propagandistischen Versuchen den Kampf in Spanien als Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Faschismus hinzustellen, die einfache Wahrheit entgegengesetzte, daß es sich um einen faschistischen Angriff handele, der die Demokratisierung Spaniens verhindern soll.

nahme an der sozialdemokratischen »Rheinischen Zeitung« in Köln tätig. Er flüchtete in das Ausland und nahm dort enge Fühlung mit den führenden marxistischen Emigranten in Prag auf. Mit ihrer geldlichen Unterstützung beteiligte er sich an der Gründung einer deutschfeindlichen Zeitung in Saarbrücken, die systematisch Greuelpropaganda gegen das Reich und seine Führung betrieb.

Matthias (Matz) Braun, früher Volksschullehrer, Fraktionsführer der SPD in der Stadtverordnetenversammlung Neuß und Redakteur der berüchtigten marxistischen Tageszeitung »Der freie Sprecher«. Wegen seiner radikalen politischen Einstellung verließ er bald Deutschland und begab sich in das Saargebiet, wo er eine unrühmliche politische Rolle spielte.

Leo Gundelfinger, jüdischer Redakteur, war früher bei der marxistischen Zeitung »Rheinische Warte« in Koblenz tätig, die eine gemeine Hetze gegen die nationalsozialistische Bewegung veranstaltete. Nach vorübergehendem Aufenthalt im Saargebiet flüchtete er nach Frankreich. In Wort und Schrift richtete er gehässige Angriffe gegen Deutschland.

Emil Kirschmann, ehemaliger Redakteur der »Rheinischen Zeitung« und hoher Ministerialbeamter der Republik, war bis zur Machtübernahme führendes Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er flüchtete unter Mitnahme eines großen Teils des ehemaligen SPD-Vermögens ins Ausland. Nach vorübergehendem Aufenthalt im Saargebiet begab er sich nach Frankreich, wo er Leiter eines Emigrantenbüros ist. Gemeinsam mit anderen Emigranten gibt er hier eine Hetzschrift heraus, in der er in gehässiger Weise Propaganda gegen das Reich treibt.

Paul Christian Kunder, marxistischer Funktionär und Vorstandsmitglied des

ehemaligen Reichsbanners »Schwarz-Rot-Gold«. Nach dem Umschwung versuchte er illegal für die marxistischen Ziele zu arbeiten und flüchtete dann ins Ausland. Er beteiligte sich in Kopenhagen an führender Stelle in den marxistischen Emigranten-Organisationen.

Adolf Ludwig, ehemaliger Gewerkschaftssekretär und dritter Bürgermeister in Pirmasens. Als fanatischer Marxist zeichnete er sich durch besondere gehässige Bekämpfung der NSDAP aus. Wegen illegaler Betätigung flüchtete er ins Ausland und beteiligte sich führend an hochverräterischen Unternehmungen. Nach vorübergehendem Aufenthalt im Saargebiet setzte er sein staatsfeindliches Treiben in Frankreich fort.

Georg Reinhold, ehemaliger Landesvorsitzender der SPD in Baden, der durch Organisierung von Gewalttaten bei politischen Versammlungen hervortrat. Nach seiner Flucht arbeitete er im Dienste des Parteivorstandes in Prag.

Wilhelm Sollmann, marxistische Parteigröße des Novembersystems. Seit 1920 gehörte er der ehemaligen SPD-Fraktion an und war während des Kabinetts Stresemann Reichsminister des Innern. Nach der Machtübernahme flüchtete er zuerst ins Saargebiet und begab sich nach der Saarabstimmung nach Frankreich. Dort trat er einem Journalistenverband bei, der alle ausgewanderten und zum Teil bereits ausgebürgerten deutschfeindlichen Schriftsteller umfaßt, und betätigte sich als Verfasser zahlreicher gegen das Reich gerichteter Artikel. Außerdem unterhielt er enge Beziehungen zu den führenden Prager Emigrantenkreisen.

Arthur Thiele, ehemaliger Gewerkschaftssekretär und Reichsbannerführer in Dresden. Er gehörte zum Parteivorstand der ehemaligen SPD in Prag, der ein Sammel-

becken aller deutschfeindlichen Bestrebungen der Emigranten im Ausland bildet.

Heinrich Ritzel, ehemaliger Oberregierungsrat.

Unter den übrigen Ausgebürgerten befinden sich Professor Alfons Goldschmidt, Konrad Heiden, Rudolf Olden, Karl Schnog, die früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kippenberger und Koenen, und Thomas Mann. Die Begründung für die Ausbürgerung Thomas Manns ist eine summarische Verfluchung der Familie Mann durch das Dritte Reich. Sie enthüllt den ganzen Ungeist des Dritten Reiches.

Josef Bloch gestorben

In Prag starb am 14. Dezember der langjährige Herausgeber und Redakteur der »Sozialistischen Monatshefte«, Genosse Dr. Josef Bloch. Er war aus den Reihen der sozialistischen Akademiker hervorgegangen und hatte schon in jungen Jahren die »Monatshefte« gegründet, deren Leitung ihm zur Lebensaufgabe wurde. Als Organ erst des Bernsteinischen Reformismus, später der sogenannten Kontinentalpolitik, waren die »Monatshefte« stets heftig umkämpft; niemals ist ihnen ihre geistige Höhe und ihrem Leiter die Lauterkeit seiner Gesinnung bestritten worden. Es entsprach seinem Wesen, sich einer Sache mit voller Leidenschaft hinzugeben. Das erklärt die fast völlige Ausschließlichkeit, mit der er sich seinen »Monatsheften« widmete. Aber auch an dem Aufbau der Berliner Freien Volksbühne hat er viele Jahre lang mit großem Eifer und dank seiner außerordentlichen Bildung mit großem Erfolg mitgewirkt. Der Umsturz von 1933 zerbrach sein Werk, er starb im Exil.

Bittgang und Protestnote

Die katholische Kirche Deutschlands in schwerster Bedrängnis wegen der Jugendfrage.

Zweimal haben die offiziellen Repräsentanten der katholischen Kirche in Deutschland Gelegenheit gehabt, mit dem »Führer« von Mund zu Mund verhandeln zu dürfen. Vor vier Wochen durfte der Münchener Kardinal Faulhaber vor ihm in seinem Tusculum am Hohen Salzburg erscheinen und auch eine Mappe angefüllt mit katholischen Beschwerden dort im Vorzimmer zurücklassen. Beim zweiten Mal vor vierzehn Tagen zitierte Herr Faulhaber den Kardinal Schulte von Köln, zur Assistenz herbei und Hitler »sprach« sich dann mit beiden Kirchenfürsten gründlich »aus«. Die »Wiener Reichspost«, die einen etwas boshaft intimen Bericht über die erste Hitler-Faulhabersche Begegnung nicht unterdrückt hat, verriet gar nichts Sensationelles, als sie dartat, daß eigentlich nur der »Führer« dabei »geredet« habe.

Wie völlig unverrichteter Sache die Kirchenfürsten den »Führer« verlassen haben müssen, geht aus den der Unterredungen unmittelbar folgenden Ereignissen hervor. Kaum hatten nämlich Faulhaber und Schulte den Hohen Salzburg hinter sich, so verfügte Hitler das gesetzliche Monopolrecht der »Hitler-Jugend«. Damit wird die katholische Kirche um ihre wichtigste »Errungenschaft« im Konkordat, eben die Katholizität ihrer Jugend, gebracht! Aus der wichtigsten Position, die sie als allein noch moralisch wirkende Macht besetzt hält, aus der weltanschaulichen Beeinflussung des heranwachsenden Geschlechts, das sich ihr anvertrauen will, wird sie hinausgedrängt! Was wird aus der katholischen Kirche in Deutschland, wenn die Hitler-Jugend wirklich über zehn oder zwanzig oder dreißig Jahre dieses gesetzliche Monopol aufrechterhalten könnte?

Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, mit welcher Zähigkeit, die auch ultimative Entscheidungen nicht scheute, der Vatikan seinerzeit die katholische Jugend-Interessen gegen den Faschismus Mussolinis zu verteidigen wußte. Es war das der einzige wirkliche Streit, den die Kirche mit dem »neuen Italiener« hatte. Er endete mit einem Kompromiß, der immerhin der Kirche das wesentliche, nämlich die unmittelbare Einflußnahme auf die weltanschauliche Erziehung der Jugend, auch wenn der äußere Rahmen die faschistische Staatsjugend ist, beließ. Aber ist der Nationalsozialismus gerade in den weltanschaulichen Dingen mit dem »Faschismus« überhaupt vergleichbar? In Italien mag regieren, wer will; der katholische Lebensstil ist durch tausend Gegebenheiten des Landes gesichert. In Deutschland aber ist der Katholizismus eine Minderheitsangelegenheit, deren religiösen Normen eine Mehrheit mit bewußter Ablehnung und in historischer Feindschaft gegenübersteht. In Italien erstrebt der faschistische Staat als politische Tatsache — und nur als solche — die Totalität. In Deutschland geht es dem »totalen« Nationalsozialismus aber nicht nur um Politik, sondern vor allem auch um — Weltanschauung, und zwar um seine »neuhelmsche« der Rasse, der Biologie-Vergötzung, des Kraft- und Stoff-Glaubens rund um die neue Blut-Gottheit. Nun verlaßt zwar, daß der Papst einen Protest in diplomatischer Form wegen dieser offenkundigen Konkordatsverletzung nunmehr in Berlin einreichen will. Aber die wievielte von allen bisher schon völlig erfolglosen wäre das eigentlich? Dem auch als Freigeist sicherlich im katholischen nicht ganz fremd gewordenen Duce hat die Kirche sich seinerzeit offen zum Kampfe gestellt; Herrn Hitler, dem Repräsentanten einer neuen Los-von-Rom-Bewegung gewalttätiger Art, möchte sie nur gut zureden... In diese beinahe ausweglose Situation hat sich die kirchliche Hierarchie durch ihre blinde Liebe für wahlverwandte »autoritäre Systeme« selbst hineingebügelt. Es ist fast eine Groteske! Ganz sicher ist es da, wo in gleichgeschalteten katholischen Kreisen Deutschlands jetzt ganz ernsthaft bei dem Hoffnungsflüchlein träumerisch verweilt wird, daß doch der »Reichsjugendführer« wohl wenigstens katholische »Feldprediger« für jenen Teil der Staatsjugend gestatten werde, der nun einmal sich auf katholische Eltern beruft...

Wenn einer, der geprügelt wird, behauptet, das Gegenteil sei der Fall, dann ist das immer eine hoffnungslos Angelegenheit.

H. E.

Vorgeschichte einer unglücklichen Liebe

Als auf den Berliner Straßen die »Preußen des Ostens« umarmt und abgeküßt wurden...

»Schutzleute! Die Einwohnerschaft fängt an, verrückt zu werden.« Mit diesem denkwürdigen Satz begann ein Dienstbefehl des — damals noch Königlich Württembergischen — Polizeipräsidenten der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart am 12. August des Jahres 1914. Deutschland erlebte damals praktisch die erste Kostprobe von Nationalsozialismus! Alle psychopathologischen Elemente im Massenbefund, die den Machtantritt Hitlers begleiteten, ja sogar ihn erst ermöglichten und die Wesensbestandteile des Nationalsozialismus bis auf den heutigen Tag geblieben sind, wirbelten schon damals einmal auf; die Kanaille des Patriotismus — im Jahre 1933 schon in SA und SS organisiert, im Jahre 1914 noch wahlloser Zulauf vor den alldeutschen Redaktionen, die in Blutdürstigkeiten nur so badeten — wurde Herr der Situation; die Minderwertigen, die plötzlich ihre Bedeutung, die sie sonst nicht haben konnten, durch ihr »Deutschtum« unter Beweis stellten, machten ihren Aufstand... Ins Kindische abgeirrte Leichtgläubigkeit, das förmliche Wüten mit Sympathien und Antipathien, der Rauchzustand nur hysterisch zu wertender Betriebsamkeit, die plötzlich aus den Fesseln und den Käfigen unbeachtlichen privaten Daseins mit Dämonsgewalt auf die Schaubühne der Öffentlichkeit stürmt — was gibt es da nicht alles an ganz charakteristisch übereinstimmenden Symptomen so »großer Zeit«! Man denkt an das warnend prophetische Wort des ganz nationalen Historikers Delbrück, in seinen »Preußischen Jahrbüchern« schon zur Jahrhundertwende niedergelegt: »daß der Patriotismus von heute, einmal der Quell edelster Seelenregungen und Taten bei allen Völkern gerade für die Besten der Nation, zur Religion und zum Fetischismus des Pöbels herabzusinken drohe mit allen sichtbaren Erscheinungen solchen Verfalls«...

Ein ebenfalls nur aus dem psychischen Massendefekt heraus verständlich werdendes Symptom der Hundstage von 1914 verdient heute wegen seiner politisch-aktuellen Note, die ihm das Hitler-Ribbentropsche, deutsch-japanische Antibolschewisten-Bündnis verleiht, aus der Fülle anderer und kongenialer Wahrheitsbeweise für das kernige Wort des Stuttgarter Polizeipräsidenten der Vergesslichkeit unserer so schnelllebigen Zeit entrisen zu werden; die deutsch-japanische Verbrüderung nämlich in den ersten vierzehn Tagen des ausgebrochenen Weltkrieges, der dann der schlimmste Katzenjammer auf dem Fuß folgte, so wie ihn eben nur genasführter Pöbel äußern kann. Es war die Zeit, in der man auf Goldautomobile, die angeblich von Paris nach Petersburg auf Tour waren, auf Befehl der nicht weniger verrückt gewordenen Militärs wilde Jagd mit Dutzenden willkürlicher täglicher Erschießungen machte, so daß nach zwei Wochen dieselben Militärs, die die Lösung ausgegeben hatten, vor weiteren schweren Schädigungen der Kriegstransportinteressen durch den Unfug warnen mußten. Es war die Zeit, in der jeder, der nicht ganz blonde Haare hatte, Gefahr lief, als »russischer Spion« von »empörten Massen« totgetrampelt zu werden. Es waren die Tage, in denen man dem spanischen Botschafter in Berlin de Barente, weil man ihn nach einem

Die erfolgreichsten Botschafter

An Herrn Ribbentrop — zur gefälligen Beachtung.

Der Marineoberstabsarzt a. D. Börnstein schildert in der »Deutschen Medizinischen Wochenschrift«, letzte Nummer, mit geachtetem Patriotismus ebenso, wie mit beträchtlichem feuilletonistischem Talent die Verhältnisse und Begabungen: »In der deutschen (?) Südoce bis zum Weltkriege. Folgendermaßen wird unserem Gedächtnis eine notwendige Auffrischung zu teil:

»März 1914 kommt S. M. S. Scharnhorst unter Admiral Graf Spee zu kurzem Besuch nach Manila... Der Besuch des Kreuzergeschwaders und seines Chefs, des Grafen Spee, bedeutete dort draußen außerordentlich viel für die Geltung des Auslandsdeutschtums, viel mehr als die diplomatisch-konsuläre Vertretung am Orte meist von Wert war. Meist waren und sind (!!!) unsere Kriegsschiffe und Zepeline unsere erfolgreichsten »Botschafter«... Insofern wäre der Gedächtnisschwund bei

Besuch im englischen Botschaftspalais in der Wilhelmstraße irrtümlich für Sir Edward Goschen, den Geschäftsträger Großbritannien, hielt, mit wilden Schmährufen bis ins Hotel Bristol folgte, der Botschafter einer wohlwollend neutralen Macht schutzeskortiert von Berliner Polizei, die blank gezogen hatte; vorher hatten »junge Leute« mit Spazierstöcken sämtliche Fenster des Erdgeschosses der englischen Botschaft ungestraft zertrümmern dürfen.

Ausgerechnet in diesen Tagen des Tobens der nationalistischen Meute, die in ihrer Blindwütigkeit sich fast gegen alles kehrte, was nur im entferntesten als nicht »gleichgeschaltet« angesehen werden konnte, erlebten die Japaner in ganz Deutschland und vor allem in Berlin die allerangenehmsten Ueber-raschungen. Wieso es kam, wer weiß es —? Auf jeden Fall, wurden plötzlich überall Leute mit Schlitzaugen und gelber Gesichtshaut — und es gab ja damals eine Menge vor allem japanischer Studenten in den deutschen Großstädten — in Cafés und auf der Promenade von »deutschen Männern und Frauen«, die nicht mehr an sich halten konnten, umarmt und abgeküßt. Der japanische Geschäftsträger sah sich jedesmal von Blumen überschüttet, wenn er im offenen Wagen die »Länder« entlang fuhr. Im »Berliner Lokalanzeiger« und in der »Post«, die sonst nicht mit den anatomisch bilderreichsten Ratschlägen hinsichtlich einer quantitativ möglichst unbegrenzten Abschichtung von Russen, Engländern, Franzosen kargten, erschienen auf einmal die schwungvollsten Artikel über die »Preußen des Ostens«, die eigentlich nur das bläuliche Hautfarbe daran hinderte, echte Blutsverwandte der Germanen zu sein; aber dafür gäbe es ja die »innere« Blutsverwandtschaft zwischen dem alten »Soldatenvolk« des Mikado und jenen Nachfahren der Cimbern und Teutonen, die jetzt gerade in Frankreich einem neuen Sedan entgegenstürmten...

Der losgelassene Militarismus von damals und das Dritte Reich von heute versuchen, Kalamitäten durch Hirngespinnste zu verdecken. So brachte in die beklemmende, bestürzende, fast nicht abreißende Kette der fremden Kriegserklärungen, die sich einander jagten und schonungslos die Katastrophe der Politik des Kaiserreiches enthüllten, das Gerücht die erlösende Injektion: Japan wird Rußland den Krieg erklären! Das war der Grund für die so exzentrische deutsch-japanische Verbrüderung damals. Heute ist es von besonderem Reiz, daran zu erinnern, wie diese Illusion nicht nur von den Hauptschuldigen des Kriegsverbrechens, der alldeutschen Presse à la Scherl immer wieder in jenen ersten Kriegstagen für den patriotischen Mob zu recht gelegt wurde, sondern wie auch das amtliche Deutschland — und hier sicherlich ganz wider besseres Wissen — der großen Duperie des Untertans aus sehr begreiflichen Gründen Vorschub leistete:

So heißt es in allen Berliner Zeitungen schon am 2. August 1914 als W.-T.-B.-Meldung, also als halbamtliche Information:

»Das Wiener K.-K.-Korrespondenzbüro erhält von besonderer Seite folgende Meldung aus Tokio: Die Zeitung Nishinichi schreibt, Japan müsse unbedingt eventuelle Schwierigkeiten Rußlands zur Regelung der mandchurisch-mongolischen Fragen unterstützen. Gestern Abend fand ein längerer Ministerrat statt.«

Das Muster also von einer verlogenen-ver-

unserem wackeren Gewährsmann freilich nicht mehr als eine herb-ironische persönliche Angelegenheit; und nicht viel mehr! Was weit erschütternder ist, das ist: dieses von allen guten Geistern verlassene naiv-renomistische Alldeutschtum der Vorkriegszeit, diese patriotischen Derwische von Zabern und von Tanger, diese Kraftmeier mit Pensionsberechtigung und subalternen Glätzen sind dank Hitler wieder die große Mode in Deutschland. Wie könnte es ausbleiben, daß es auch genau so wieder endet — im Grauen, im Hunger und im Schrecken?!

Ein Herzschlag

Der Berliner Polizeibericht meldete am 5. Dezember:

»In der Nacht zum 1. Dezember d. J. war — wie berichtet — auf dem Hof des Grundstückes Müllerstraße 179 am Wedding der 39 Jahre alte Eduard Daudert aus der Chausseestraße 62 mit erheblichen Verletzungen tot aufgefunden worden. Da zunächst der Verdacht auftauchte, daß D. das Opfer eines Verbrechens geworden ist, wurde die Mordkommission alarmiert. Umfang-

brecherischen Offiziosität! In Berlin wäscht man die Hände in Unschuld und spannt die Wiener kongenialen Kollegen vor, um salviert zu sein, wenn sich nachher die Wahrheit doch enthüllt. Selbst wenn die genannte Zeitung — wer kannte sie in Berlin? — das geschrieben hätte, in welchem Zusammenhang stand das mit einem »längeren Ministerrat« in Tokio, der ja vielleicht über das genaue Gegenteil Beschluß zu fassen hatte?! Dennoch die kaltblütige Aneinanderkoppelung mit der Absicht, daß der Leser sich selbst den gewünschten Zusammenhang herstellt. Man sieht: Herr Göbbels ist durchaus nicht ohne verdiente Vorläufer.

Was dann folgte, ist schnell erzählt. In wohl bemessenen Dosierungen wird es vom Offiziosus ans Licht gebracht. Wir registrieren:

»Tokio, 8. August. (W. T. B.) Mit Rücksicht auf das englisch-japanische Bündnis hat Japan eine Neutralitätserklärung erlassen. Seine Haltung wird von den Ereignissen auf den Meeren des Fernen Ostens abhängen.«

»Peking, 17. August. (W. T. B. Telegramm der Deutschen Kabelgesellschaft.) Hier geht das Gerücht um, daß Japan im Begriffe ist, ein Ultimatum an Deutschland wegen Kiautschau zu stellen.«

Am Tage darauf schreibt der »Vorwärts« als Sprachrohr der deutschen Sozialdemokratie: »Naiver Optimismus hatte noch vor kurzem geglaubt, daß Japan, der frühere Feind Rußlands, zu den Waffen greifen werde, um die Rechnung, die beim Friedensschluß von Portsmouth, bei der leider auch Deutschland damals zugunsten Rußlands mitgewirkt hat, entstanden war, zu begleichen. Wir haben diesen Optimismus nie geteilt.«

»Berlin, 19. August. (Amtlich.) Der hiesige japanische Geschäftsträger hat im Auftrag seiner Regierung dem Auswärtigen Amt eine Note übermittelt, worin unter Berufung auf das englisch-japanische Bündnis die sofortige Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den japanischen und chinesischen Gewässern, ferner bis zum 15. September die bedingungslose Übergabe des gesamten Pachtgebietes von Kiautschau an die japanischen Behörden und die unbedingte Annahme dieser Forderungen bis zum 23. diesen Monats verlangt wird.«

Am 9. November 1914 kapitulierte die deutsche Besatzung von Kiautschau nach hoffnungslosem schwerem Kampf. Vorher, am 21. Oktober, aber hatte W. T. B. noch melden müssen: »Das Reuterbüro meldet aus Tokio von gestern: Das Marineministerium gibt bekannt, daß die Marshall-, Mariannen- und Karolinen-Inseln aus militärischen Gründen besetzt worden sind.« — — —

So abseuerlich und so grotesk endete also schon einmal eine deutsche nationalistische Illusion mit Japan als dem angeblichen großen Freund im Fernen Osten im Hintergrund... Wenn heute deutsche illustrierte Zeitungen ganze Sonderausgaben von deutsch-japanischen »Antibolschewistenbündnis« bringen, auf deren Prunkseiten man links den Mikado im Schmucke seiner sämtlichen Kriegsorden und rechts den »Führer« im SA-Hemd brüderlich vereint bewundern darf — wenn die ältesten Ladenhüter aus dem patriotischen Archiv wieder erhalten müssen und — trotz artischem Rasse-Span — der Sang an die »Preußen des Ostens« wieder erklingt — ach ja; wenn auch die Tage ent-eilen, bleibt die Erinnerung doch!

F. E. Roth.

reiche Ermittlungen haben nunmehr aber ergeben, daß Daudert einem Herzschlage erlegen ist.

Vier Tage hat die Mordkommission gebraucht, um festzustellen, daß der wuchtige Schlag, der »erhebliche Verletzungen« hervorrief — ein Herzschlag war. Was ist da geschehen?

Bratet mit Marmelade!

In einer Werbeversammlung des »Deutschen Frauenwerkes«, Amaliensau, sprach Dr. Striewski von der ostpreussischen Landesbauernschaft über die deutsche Ernährungslage. Er sagte u. a.:

»So kann Fleisch immer durch Fisch ersetzt werden, was leider noch viel zu wenig geschieht, und für fehlendes Fett ist der Zucker, auch in Form von Marmelade, ein vollgültiger Ersatz.«

Vor einiger Zeit war Marmelade noch »eine angenehme und besonders empfehlenswerte Abwechslung«. Jetzt ist sie schon »vollgültiger Ersatz« für jederlei Fett. Die deutsche Gesundheit schreitet nichtlich fort.

»Trockenes Brot und weniger Lohn!«

Ausgesuchte Pgs. bestätigen den Betrug an der Arbeiterschaft.

Aus Klausberg wird uns geschrieben: Die Arbeitsfront kann es nicht mehr verhindern, daß die Notrufe aus den Betrieben immer deutlicher in die Öffentlichkeit dringen. Der Kreisleiter der AF von Schlesien wollte demgegenüber eine Aktion unternehmen und mit einem Gegenbericht Aufklärung schaffen. Zu diesem Zweck wurde eine 12gliedrige Kommission ausgewählt, die eine solche Untersuchung auf der Ludwiggücksgrube bei Klausberg in der Nähe von Hindenburg durchführen sollte. Die Ludwiggücksgrube ist durch ihre nationalsozialistische Einstellung besonders bekannt. Trotzdem hat man zunächst Tage vorher eine gründliche Säuberung durchführen lassen, was der Belegschaft auffiel. Badehaus und die Betriebe wurden gereinigt und geputzt und man ahnte, daß hier etwas vorgeht. Aber der ganzen Belegschaft traut man doch nicht, zahlreiche Schichtwechsel wurden vorgenommen und alte Pgs. an bestimmte Vororte untertage gestellt, auch eingedrillt, was sie der Untersuchungskommission über die Zustände im Betriebe zu berichten haben. Am 2. Dezember erschien die Kommission von 12 Nazis unter Führung des Kreisleiters Ring, der aber schon beim Eintreffen eine böse Erfahrung machte. Der Hitlergruß wurde mit dem kurzen Bergmanngruß »Glück auf« beantwortet, auf die Frage, wie es der Belegschaft ergeht, erhielt er prompt die Antwort: »Dafür sind ja die Pgs. unten schon informiert.« Dieser Antwort vor der Einfahrt ins Bergwerk selbst folgte eine Lachsalve der Belegschaft, die am Förderturm und der Separation beschäftigt ist.

Untertage waren die zuverlässigen Nazis aussersehen, um auf gewünschte Fragen Antworten zu erteilen. Aber auch hier ein einziger Mißerfolg. Auf die Frage, ob Lohn und Arbeitsweise zufriedenstellend seien, nachdem hier die Arbeitsfront interveniert habe, zeigte man Ring und den Kommissionsmitgliedern »trockene Schnitten« und sagte, der einzige Erfolg sind hohe Förderleistungen und bedeutend herabgesetzte Löhne, durch die neuen Gedingebestimmungen. Ein »alter Klämpfer« sagte Ring ins Gesicht: »Da haot ihr euren Erfolg!« Aber damit war die Ueberraschung noch nicht zu Ende. Auf einem anderen Vorort kam die Kommission nicht einmal zu Wort. Die ausgesuchten Pgs. stellten selbst die Frage, ob nun die Kommission gewillt sei, bei der Verwaltung durchzusetzen, daß bei der Gedinge-Lohnbestimmung, endlich auch die Arbeiter und der Vertrauensrat zugelassen werden. Und eine Lohnhöhung sei dringend von Nöten, wenn man nicht eine Ueberraschung erleben wolle. Einer der Pgs. ergriff sein Brot, welches nicht belegt und nicht mit Fett beschmiert war und hielt es der Kommission vor und sagte dabei: »So ist es mit den Löhnen, für Wurst und Fett reicht es nicht mehr.« Es ist nicht festzustellen, ob die Aktion durch die Nazis selbst vorbereitet war, um sich an dem Arbeitsfrontleiter Ring zu rächen, der als besonders aufdringlich gilt oder ob diese Bewegung gegen die Kommission spontan war. Jedenfalls kursiert seit diesem Tage in den Betrieben das Schlagwort »Trockenes Brot und weniger Lohn!«

Diese Vorgänge auf der Ludwiggücksgrube haben jedenfalls dazu beigetragen, daß man weitere Besuche auf den Zechen nicht mehr unternahm, obgleich diese noch für zwei weitere Gruben vorgesehen waren. Soweit man uns berichtet, sind die Nazis von früheren Gewerkschaftern beraten worden, etwas zu unternehmen und daß es gerade auf der Ludwiggücksgrube erfolgte, die, wie gesagt, besonders nationalsozialistisch gesinnt gilt, erhält eine Bedeutung, zumal im Zusammenhang damit eine Lohnhöhung gefordert wird. Eine Belegschaftsversammlung, die nach dem Besuch durch die Kommission gefordert wurde, ist von der Verwaltung abgelehnt worden. Bei Gesprächen über diesen Vorfall kann man von den Bergleuten hören, daß es nun an der Zeit ist, wieder mit der alten Gewerkschaftsarbeit zu beginnen.

Die Butter muß vom Markt verschwinden!

Scharfe Kontrolle auf den Märkten.

Aus Beuthen-OS wird uns berichtet: Seit einigen Wochen wird seitens der Polizei eine besonders scharfe Kontrolle auf den Wochenmärkten des Industriebezirkes betrieben, weil man annimmt, daß die Butter von den Bauern nicht richtig abgeführt wird und außerdem aus Polen geschmuggelte Butter, die angeblich nicht einwandfrei ist, zum Verkauf kommt. Es wird sehr genau auf die

Es ist kein Zufall, daß Wagemanns Konjunkturinstitut, gewissermaßen als Overture zum Vierjahresplan des Führers das Resultat einer Untersuchung »Zur Entwicklung der Erträge und Kosten in der Industrie« veröffentlicht. Die zahlenmäßigen Ergebnisse (Wochenbericht vom 18. November) der Untersuchung beruhen natürlich nur auf Schätzungen und auch diese berücksichtigen nur die Abschüsse von Aktiengesellschaften und von diesen nur einen »Ausschnitt«, und auch er ist »klein und umfaßt in der Hauptsache größere Betriebe, so daß in der Verallgemeinerung der Einzelergebnisse eine gewisse Zurückhaltung angebracht erscheint, um so mehr, weil aus diesem Ausschnitt der industriellen Unternehmungen auf ihre Gesamtheit geschlossen wird. Der Wahrheitsgehalt dieser Schätzungen ist also mehr als zweifelhaft. Trotzdem sind sie aufschlußreich, weil sie verraten, wie wenig die Großindustrie, mit der Wagemann starke persönliche Beziehungen verbindet, willens ist, die Kosten der wirtschaftlichen Mobilmachung zu tragen. Ueberdies ist Gewinn und Gewinn nicht das gleiche. Bilanzmäßige Verluste sind häufig keine wirklichen, sondern zur Gewinnverteilung in besseren Zeiten reservierte und für diesen Zweck versteckte Gewinne. Das ist zu berücksichtigen, wenn nach der Schätzung des Konjunkturinstituts die gesamten Gewinne der Industrie 1935 1,9 Milliarden Mark betragen haben sollen gegenüber dem Tiefstand eines Verlustsaldos von 4,7 Milliarden 1931 und dem Höchststand von 3,3 Milliarden Gewinn 1927. Darnach wären zwar die Gewinne der Industrie 1935 um 6,6 Milliarden größer gewesen als 1931, aber hinter 1927 noch immer um 58 Prozent zurückgeblieben. Die Wirtschaft war also wohl in der Republik nicht ganz so heruntergekommen, wie der Führer behauptet.

Aber es kommt dem Konjunkturinstitut viel weniger auf den Nachweis an, um wieviel die Gewinne seit dem Tiefstand gestiegen, als darum, wie weit sie trotz Hitleraufschwung hinter den guten Wirtschaftsjahren der Republik zurückstehen müssen. Es wird vom Konjunkturinstitut ausdrücklich betont, daß »nach unseren rohen Schätzungen« die Gewinne in v. H. des Umsatzes in den Jahren 1927 und 1928 rund 4 v. H. in den Jahren 1934 und 1935 etwas über 3 v. H. betragen haben, und hinzufügt:

»Die noch verbleibende Verringerung des Gewinnanteils ist von der Industrie bewußt übernommen worden; sie ist ein Ausdruck für die Bemühungen, den Aufschwung in erster Linie von der Zunahme der Beschäftigung und nicht von der Steigerung der Preise tragen zu lassen, also, wenn dieser Ausdruck auf die gegenwärtige Entwicklung überhaupt angewendet werden darf, eine »Mengenkonjunktur« zu schaffen.«

Unter einer »Mengenkonjunktur« wird verstanden, daß die Industrie dem Dritten Reich das Opfer gebracht hat, auch die Ausnutzung der Produktionssteigerung zur Preissteigerung

Preise geachtet und auf den Ständen, besonders in Körben, unter Ladentischen, nachgeforscht, ob die Händler Waren nicht versteckt halten. Sofortige Strafen bis zu 50 Mark werden von den Händlern eingezogen und die Ware konfisziert. Das gleiche Vorgehen ist beim Eierhandel zu bemerken. Wie uns berichtet wird, sind auf diese Weise in Beuthen und Gleiwitz mehrere Zentner Butter beschlagnahmt worden. Unter den Händlern herrscht Entrüstung und als einer der Händler, der ein bekannter Nazi ist, bei Partestellen mit einer Beschwerde erschien, wurde ihm offen gesagt, Butter muß vom Wochenmarkt verschwinden, denn das ist eine Provokation bei dieser Butterknappheit und außerdem muß man dem Schmuggel von Polen energisch zu Leibe gehen. Es darf sich nicht jeder satt fressen, der genügend Geld hat. Bei den Kaufleuten haben wir Kontrolle, bei den Händlern nicht.

Ein Fronknecht des »deutschen Sozialismus«

Kathedrblüten statt Klassenkampf.

Wir lesen in den Hochschulnachrichten einiger deutscher Blätter, die ihre eigene »akademische Rubrik« unterhalten:

»Personalien: Beauftragt wurden wahrzunehmen: ... der Sonderbeauftragte für Landarbeiterfragen, Staatsrat Reinke, Goslar, an der Universität Göttingen den Deutschen Sozialismus für Landarbeiterfragen.«

Der »deutsche Sozialismus für Landarbeiterfragen« mit dem Prädikat eines akademischen Pflichtfachs dürfte nicht von Papp-

Fabrizierte Gewinnziffern

Eine Anweisung an den Preiskommissar. — Die Arbeiter müssen zahlen

gen zu verzichten und sich mit den Mehrgewinnen aus der Mehrproduktion zu begnügen. Deshalb behauptet Wagemann, daß man den 23 Milliarden, um die der Umsatzwert seit 1932 gestiegen sei, allein 22 Milliarden auf die Zunahme der Umsatzmengen und nur 1 Milliarde auf Preiserhöhung entfallen.

Um zu beweisen, daß die Industrie aus der Sonderkonjunktur des Dritten Reiches keine Sondergewinne erwachsen sind, daß sie also für das Dritte Reich so viel getan hat, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibt, wird »in roher Annäherung« geschätzt, daß sie nicht nur auf Erhöhung der Preise, sondern auch auf Senkung aller Produktionskosten verzichtet hat, die sich nicht automatisch aus der »Mengenkonjunktur«, d. h. aus der verbesserten Ausnutzung der Produktionsmittel ergeben. »Diese Kostengruppen zusammen haben 1935 einen ebenso großen Teil des industriellen Umsatzes ausgemacht wie 1932.« Gemeint sind die Löhne und Gehälter, die Rohstoffkosten, Steuern und Zinsen. Die Lohnquote hat sich »von 1932 bis 1935 im ganzen nicht verändert«. Die Industrie erntet jetzt offenbar, wie der »Deutsche Volkswirt« richtig feststellt, »die Früchte der Sparmaßnahmen, die während der Krisenjahre durchgeführt wurden.«

Im Gegensatz zu der Industrie bleiben die Arbeiter und Angestellten vom Anteil an den Erträgen auch der »Mengenkonjunktur« ausgeschlossen. Aber offenbar ist sogar die Lohnquote dem Wirtschaftsaufschwung des Dritten Reiches niedriger als Krisenjahr 1932, denn in den »Posten Löhne und Gehälter« können nach den bilanzrechtlichen Vorschriften neben den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten auch Bezüge von Vorstand und Aufsichtsrat (einschließlich der Tantiemen des Vorstandes) verbucht werden; so mag es zu erklären sein, daß der Anteil der Gehälter am Umsatz, der im Aufschwung eher sinken müßte, von 1932 bis 1935 ebenfalls unverändert geblieben ist. Mit anderen Worten: die Lohnquote erscheint nur unverändert, weil die Bezüge von Vorstand und Aufsichtsrat gestiegen sind.

So ist wenigstens in den »bilanzrechtlichen Vorschriften« die Volksgemeinschaft verwickelt. Wie kommt es aber, daß trotz angeblich unveränderter Kosten seit 1932 ein großer Verlust sich 1935 in einen fast gleichgroßen Gewinn verwandelt und der Ertrag stärker zunehmen konnte als der Umsatz? Das ist, meint der »Deutsche Volkswirt« Schachts, »weniger eine Verbesserung der betrieblichen Aufwandsgestaltung als der Verminderung der Finanzierungskosten und dem Wegfall der krisenhaften Wertverluste zu verdanken«. Aber diese Vorteile drohen eben jetzt wieder verloren zu gehen, denn es »haben sich die zusätzlichen Belastungen, Umstellungskosten, Rohstoffpreiserhöhungen usw. verstärkt geltend gemacht, eine Bewo-

lung, der die Industrie in letzter Zeit freilich noch durch entsprechende Steigerung ihre Fertigerpreise weitgehend ausweichen konnte. Für den Preiskommissar, heißt es dann, wird sich hier ein schwieriges Arbeitsgebiet auf tun. Dieser Satz enthüllt den tieferen Sinn von Wagemanns Gewinnschätzungen. Die Großindustrie läßt durch den Mund des Konjunkturinstituts verkünden, die Industrie habe zugunsten der Produktionssteigerung auf Preissteigerung verzichtet; wenn jetzt der nationalsozialistische Staat glaubt, die wirtschaftliche Mobilmachung durchführen und zu diesem Zweck der Industrie höhere Produktionskosten aufzwingen zu müssen, so ist er auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diese Kosten von andern bezahlt werden, nur nicht von der Industrie selbst.

Die deutsche Produktion, sagt der »Deutsche Volkswirt«, »war ständig bemüht, die Summe der für die Volksgemeinschaft verbrauchbaren Devisen und Rohstoffe weiter zu erhöhen. Sie wurde durch die außerwirtschaftlichen Verhältnisse behindert, während auf der anderen Seite die Arbeitsbeschaffung programmäßig die Nachfrage ständig vergrößerte. Sie ist an der Verteuerung schuldlos und muß deshalb auch von ihren Kosten verschont werden. Zu diesem Zweck werden dem neuernannten Preiskommissar Wagner Anweisungen erteilt, daß es nicht etwa seine Aufgabe ist, unter der Knappheit von Lebensmitteln und Rohstoffen die Versorgung der Bevölkerung nicht leiden zu lassen, sondern, im Gegenteil, »die Nachfrage von den jeweilig knappen Gütern fernzuhalten«, d. h. sie der kriegswichtigen Erzeugung zu reservieren. Es kann, meint Schachts Organ, unter Umständen im Interesse der Gemeinschaft liegen, den Preis für manche Güter ungehindert in die Höhe gehen zu lassen, denn durch solche Verteuerung verringert man unerwünschten Rohstoffverbrauch oder; es kann zweckmäßig sein, die Preise für ein Verbrauchsgut zu erhöhen, wenn erst dadurch die Steigerung der Produktion, also der zum Verbrauch verfügbaren Menge ermöglicht wird.« Das gilt vor allem dort, »wo billigere ausländische Rohstoffe durch heimische des Vierjahresplanes abgelöst werden sollen.

Mit anderen Worten: der Preiskommissar teilt sich mit den Trennhändlern der Arbeit in die Aufgabe, die Preise für lebenswichtige Güter steigen zu lassen und zugleich die Löhne so unter Druck zu halten, daß die Massen gezwungen werden das Notwendigste zu entbehren und der Industrie die Kosten für die Umstellung auf die vollendete Kriegswirtschaft zu bezahlen.

Und um das der Welt plausibel zu machen, müht sich das Institut des Prof. Wagemann ab, statistische Ziffern zu liefern, die zwar nicht beweisen, was sie beweisen wollen, aber doch das eine, daß die Statistik im Dritten Reich die beflissene Dienerin der nationalsozialistischen Machthaber und der von ihnen favorisierten Großindustrie ist. G. A. F.

sein! Grade gleichzeitig mit der Bekanntgabe dieser Ernennung legt nämlich die sogenannte »Reichsnährstands«-Presse, die Absichten des »Reichsbauernführers« Darre in bezug auf die arbeitsrechtlichen Verhältnisse auf dem platten Lande dar. Man will eine neue moderne Form der Betriebshörigkeit einführen. Praktisch — handelt es sich darum, das Prinzip der Deputats- und Naturalien-Entlohnung, das den Grundbesitzern immer als die bequemste Art des Ausgleichs mit ihren Fellachen erschien nun zur »Totalität« zu verhehlen. Man nennt die neuen Leibeigenen »Heuerlinge«.

Nun weiß man aber auch, warum in Göttingen ein eigener Lehrstuhl für »deutschen Sozialismus in Landarbeiterfragen« um keinen Preis entbehrt werden kann.

»Kampf dem Verderb«

Daher: stinkende Konserven.

In der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Nr. 556) beschwert sich ein Leser:

»Auf fast allen Fischkonservenbüchsen findet sich ein Vermerk »Zum alsbaldigen Verbrauch bestimmt.«

Was heißt »alsbaldiger Verbrauch«? Da keinerlei Angaben über den Herstellungsmonat gemacht sind, kann der Käufer auch nicht ersehen, bis wann die Konserve verbraucht sein muß, um sie vor Verderben zu bewahren. Wenn man Konserven, also nach landläufigen Begriffen auf lange Zeit haltbar gemachte Lebensmittel, kauft, dann darf man wohl annehmen, daß sich diese einige Monate halten. Ich habe gegenteilige Er-

fahrungen gemacht und nehme an, daß öfters Fischkonserven als unbrauchbar weggeworfen werden mußten...«

Es liegt natürlich daran, daß die Rüstungsindustrie das Zinn frisst und die Konservenverbraucher den Modder. Gute Aussichten für die Heeresverpflegung im Kriegesfall.

Begeisterung

»Es gibt natürlich Zeitgenossen, die sich drücken wollen. Ganz besonders beliebt ist der Trick, sich hinter dem Rücken des Sammlers vorbeizudrücken. Das hat sehr wohl ein SA-Mann erkannt. Er achtet auf solche Fälle, und — blitzschnell dreht er sich um. Vor Ueberraschung ist der andere meistens ganz still, aber er gibt«

(Preußische Zeitung Nr. 339)

»So fand man u. a. in den Büchsen 106 alte, außer Kurs gesetzte 50-Pfennigstücke, 50 ebenfalls ungültige Markstücke und 9 alte Dreimarkstücke.«

(Meldung der ostpreussischen Presse aus Gerdauen.)

Wer ist gemeint?

»Ein Schwein kroch aus der Jauchegrube, tiefend und grunzend. Da stoben alle andern Tiere des Hofes, vom Hahn bis zum Pferd, stumm auseinander. »Man muß der Bande nur imponieren«, dachte das Schwein.«

Fabel, nacherzählt von Heinz Steguweit im »Westdeutschen Beobachter«.

Die Konstellation im Osten

Die Wandlungen der Hitlerpolitik

Im Westen hat sich, wie wir gezeigt haben, eine akute Kriegskonstellation herausgebildet. Der Bund Deutschland-Italien bedroht England und Frankreich, die jetzt endlich sich zu einem Defensivbündnis zusammengeschlossen haben, in das Belgien ausdrücklich und Holland stillschweigend eingeschlossen sind. Die Erweiterung des deutsch-italienischen Bündnisses zur Tripelallianz mit Japan — denn darum handelt es sich bei der deutschen Abmachung gegen den Kommunismus und der italienisch-japanischen über die gegenseitige Anerkennung der Eroberung von Mandschurei und Abessinien — bedroht die englischen und französischen Besitzungen und Stützpunkte im Fernen Osten und den an Rohstoffen — Petroleum, Gummi, Zinn, Oelfrüchten — ungenügend reichen niederländischen Kolonialbesitz. Andererseits hemmt Japan die Bewegungsfreiheit der Sowjetunion in Europa. Die Machtverschiebung ist außerordentlich. 1914 war keine der für das englische Empire lebenswichtigen Verbindungswege entscheidend gefährdet. Italien und Japan waren Englands Verbündete, die deutsche Seemacht, die einzige feindliche, war strategisch zur Untätigkeit verurteilt; nicht Seeschlachten entschieden den Krieg, sondern die englische Beherrschung der Meere. Heute ist der Weg durch das Mittelmeer, sind Malta und Aden durch Italien, Hongkong und Singapur durch Japan bedroht. Die strategische Stellung Englands ist von vornherein heute viel gefährdeter als 1914. Es ist eine gefährliche, dem englischen Selbstbewußtsein nur zu naheliegende Illusion, die Bedeutung dieser Machtverschiebung zu unterschätzen. Wie groß sie bereits geworden ist, beweist die vom englischen Außenminister kaum mehr in Abrede gestellte Tatsache, daß Italien sich der spanischen Balearen bemächtigt hat, natürlich sind es nur »Freiwillige«, die in Mallorca weilen. Die Inselgruppe beherrscht die Verbindung zwischen Frankreich und seinen nordafrikanischen Besitz und stellt eine ausgezeichnete Basis für eine Luftflotte dar, die Gibraltar und die Schiffe, die die Straße von Gibraltar passieren, bombardieren will. England und Frankreich haben schon jetzt, bevor noch Spanien und Portugal an die Achse Berlin-Rom angegliedert sind, den ersten Abschnitt des nächsten Krieges verloren.

Lange nicht so klar ist die Konstellation im Osten. Ein Vorgänger von Adolf Hitler, der Reichskanzler Bismarck, hat es stets als einen unverbrüchlichen Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bezeichnet, einen feindlichen Zusammenstoß mit Rußland zu vermeiden. Adolf Hitler war anderer Ansicht. Im »Mein Kampf« proklamiert er für das Neue deutsche Reich neben der vorhergehenden Vernichtung Frankreichs auch den Kampf gegen Rußland. Er begründet ihn keineswegs mit ideologischen Motiven. Die Rettung der europäischen Kultur vor dem Bolschewismus lag dem nicht am Herzen, der zunächst die Austilgung des vernichteten Frankreichs als Großmacht im Auge hatte. Es ging um reale Dinge: in Uebereinstimmung mit dem Balten Rosenberg verlangte Hitler für Deutschland neues Siedlungsland im Osten, in den Randstaaten und in der Ukraine. Diese Ziele sind offiziell aufgegeben worden. Aber sie sind sehr merkwürdig. Die Ukraine ist ein vom Kleinbauern dichtbesiedeltes Gebiet, national verbunden mit den ruthenischen Teilen Polens. Die Bevölkerung müßte gewaltsam vertrieben werden, um deutschen Siedlern Platz zu machen. Wo sind die deutschen Siedler, die nach der Ukraine wollen? Deutschland verfügt über keine großen Siedlermassen; bei guter Beschäftigung seiner Industrien akzentuiert sich sofort die Landflucht und der Landarbeitermangel verstärkt sich. Dazu kommt, daß der Besitz neuen Weizenlandes die deutschen Wirtschaftsbündnisse in keiner Weise befriedigt. Was die deutsche Kriegswirtschaft in erster Linie will, ist Petroleum, Zinn, Kupfer, Gummi, Mangan, Eisen, Dinge, die in der Ukraine nicht zu haben sind. Verglichen mit dem,

was die Besiegung der Westmächte bringen kann, wäre es eine gleichgültige Bagatelle.

Dazu kommt, daß eine Festsetzung Deutschlands in der Ukraine, wie überhaupt jede Machterweiterung Deutschlands im Osten, für Polen ganz unerträglich wäre und dieses Land Deutschland auf Gnade und Ungnade ausliefern würde. Dieser Umstand, daß das militärisch so erstarkte Deutschland zu einer gefährlichen Bedrohung Polens wird, gewinnt aber immer größere Bedeutung. Denn es zwingt Polen dazu, seine Politik der letzten Jahre zu revidieren. Die Politik Becks hat sicher gewisse Augenblickserfolge gezeitigt.

Sie hat Polen den Korridor gesichert, hat ihm erlaubt, die Entnationalisierung des Deutschtums im Korridor und in Oberschlesien zu forcieren, seine Stellung zwischen Deutschland und Rußland zu befestigen, seinen Preis bei den Westmächten zu erhöhen. Polen ist stets in einer schwierigen Position. Von sozialen und nationalen Gegensätzen zerklüftet, ökonomisch schwer daniederliegend, militärisch schwach, muß es befürchten, bei einer Konflagration im Osten zum Aufmarschgebiet der überlegenen feindlichen Mächte ausgeliefert zu sein mit der Aussicht, wie immer der Kampf ausgeht, zum Opfer der Sieger zu werden. Konnte 1933 das noch schwache Deutschland als ein Schutz gegen Rußland erscheinen, so ist es jetzt selbst zur Gefahr geworden. Daher die in Entwicklung begriffene Neu-

orientierung der polnischen Politik. Neubelebung des Bündnisses mit Frankreich, das insbesondere Hilfe für stärkere Rüstung bringen soll, Neubelebung des Bündnisses mit Rumänien, um die Pufferstellung sowohl gegen Rußland als gegen Deutschland zu verstärken und damit den Zusammenprall der beiden großen zu erschweren; deutliche Absage an eine antirevisionistische Außenpolitik, aber alles noch gehemmt durch die national-militaristische Tradition Pilsudskis mit ihrer bornierten Russen- und Tschechenfeindschaft, die eine entschiedene und damit vielleicht entscheidende Annäherung an die Kleine Entente noch hindert.

So unentschieden und zögernd Polens Politik auch ist, sie reicht aus, um eine Erschwerung eines Vorgehens Deutschlands gegen Rußland zu bewirken. Denn ein deutscher Angriff auf Rußland setzt eben nicht nur voraus die Eroberung der Tschechoslowakei und der Randstaaten, sondern auch die Mitwirkung Polens von der Seite des übermächtigen Partners, und das wäre politischer Selbstmord. Die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten wird so zu einer Existenzfrage gerade für Polen und muß es von Deutschland allmählich abdrängen. Dazu kommt, daß Italien zwar im scharfen Gegensatz gegen die Westmächte, namentlich gegen England steht, dazu die deutsche Kooperation braucht, ohne die es ohnmächtig ist, daß aber sein Gegensatz gegen Rußland nur sekundär ist, es Rußland nur in Schach gehalten wissen will, damit es in seinem

Kampf um das Mittelmeer nicht gestört werde.

Hitlers ursprüngliche außenpolitische Konzeption war die primitive Stammstischvorstellung von einem großen kontinentalen deutschen Reich, das alle deutschen Stämme, womöglich inklusive von Schweizern, Holländern und Vlamen umfassen und durch große aggressive Siedlungsgebiete im Osten ergänzt und autarkiert werden sollte. Die imperialistische Politik Wilhelms II., die Flottenrivalität mit England, die Erwerbung von Kolonien wurde völlig verworfen. Aber Staatspolitik wird nicht allein von den Ideen eines noch so mächtigen Diktators bestimmt, sondern ist das Kollektivwerk der herrschenden Schicht. Ihre Machtpolitik hat eine bestimmte Wirtschaftsführung erzwungen und diese stellt ihre Forderungen. Hitler hat seinen Widerstand gegen die Kolonialpolitik aufgegeben, auch auf die Gefahr der Gegnerschaft Englands. Die Verbundenheit mit Italien zwingt ihn in die Auseinandersetzung mit dem Westen, die nicht mehr eine kontinentale Auseinandersetzung mit Frankreich allein bleiben kann, sondern eine totale mit der Weltmacht England. Der Gegensatz zu Rußland, ursprünglich als realer Machtkampf um russische Agrargebiete gedacht, wird so sekundär, die Kontinentalpolitik tritt hinter die Weltpolitik zurück, und aus dem realen Gegensatz würde ein rein ideologischer werden, wenn der Krieg teilbar, wenn nicht Orient und Okzident so eng verbunden wären.

Dr. Richard Kern.

Partei und Nation

Zur Außenpolitik des Dritten Reichs

»Für unsere auswärtige Politik« so begann am 5. Dezember Léon Blum seine große Kammerrrede, »sind sehr einfache Grundsätze maßgebend: der Entschluß, über alles andere die Interessen Frankreichs zu stellen, und die Ueberzeugung, daß Frankreich kein größeres Interesse hat, als sein Interesse am Frieden, die Gewißheit, daß der Frieden Frankreichs untrennbar mit dem Frieden Europas verbunden ist.«

Léon Blum hat damit eine ausgezeichnete Formel gefunden, um den nur scheinbaren Gegensatz zwischen internationalmarxistischer und nationaler Außenpolitik verschwinden zu lassen. Unser Internationalismus ist nicht den Interessen der Nation entgegengesetzt, sondern ihnen gemäß: was uns über die Grenzen hinaus mit Gleichgesinnten verbindet, ist die Ueberzeugung, daß durch unseren Internationalismus allen Nationen, ganz besonders auch der unseren, am besten gedient ist.

Wenn also die deutschen Sozialdemokraten zur Außenpolitik des Dritten Reiches Stellung nehmen, so tun sie das als Angehörige einer Partei, die Fleisch vom Fleische, und Blut vom Blute des deutschen Volkes ist. Diese Partei ist mit der Geschichte des deutschen Volkes untrennbar verbunden, sie hat in ihr eine große und ehrenvolle Rolle gespielt, sie wird früher oder später zu einer noch größeren berufen sein. Sie wird sich diese Berufung für die Zukunft desto gewisser erhalten, je klarer sie sich auch im Exil und in der Illegalität jener tiefen Zusammenhänge bewußt bleibt, die keine mechanische Gewalt zerreißen kann.

Gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik des Deutschen Reiches ist der Unterschied zwischen nationaler Tatgesinnung und nationalistischem Maulheldentum mit Händen zu greifen. Denn wenn eine Nation jemals treue, gewissenhafte und selbstlose Diener gehabt hat, dann die deutsche an den deutschen Sozialdemokraten. Wenn aber jemals eine Nation von falschen Freunden hintergangen und mißbraucht worden ist, dann die deutsche von jenen Leuten, die die nationale Gesinnung zu ihrem Parteimonopol gestempelt haben.

Die Machthaber des Dritten Reiches rühmen sich ihrer außenpolitischen Erfolge. Worin bestehen sie? Vor allem in einer Reihe von Herausforderungen, die

unbeantwortet geblieben sind. An die Stelle der vorsichtigen und geräuschlosen Befreiungspolitik, wie sie von der Republik betrieben wurde, haben sie eine halsbrecherisch-spektakelnde gesetzt; sie haben unter ungeheuerem Lärm Deutschland zu einem totalen Militärstaat verwandelt, ohne daß ihnen dabei jemand in den Arm fiel. Das ist ihr unleugbarer Erfolg. Nun klirren sie mit dem Säbel und versichern, Deutschland stehe wieder »geachtet« da.

Aber von der Achtung, die ein Bewaffneter wegen seiner Waffen genießt, kann ein Staat auf die Dauer nicht leben. Wenn Frankreich bald nach seiner Niederlage von 1870 wieder geachtet in der Welt dastand, so dankte es das nicht nur seiner Armee, sondern in weit höherem Maße seiner geistigen Leistung und seiner klugen Außenpolitik. Das siegreiche Deutschland war ihm auf diesen beiden Gebieten ebenso unterlegen, wie es auf militärischem überlegen blieb. Der Weltkrieg hat dann gezeigt, daß auch die größte militärische Tüchtigkeit die Schäden einer schlechten Politik nicht aufzuwiegen imstande ist.

Es war der Grundfehler der wilhelminischen Außenpolitik, daß sie nicht auf den soliden Erfolg, sondern auf den äußeren Effekt gerichtet war. Diesen Fehler wiederholt und übersteigert die Außenpolitik des Dritten Reiches. Wie sollte sie auch anders, da sie doch noch viel mehr als jene auf den Beifall der Galerie angewiesen ist! Eine demokratische Regierung kann sich auf das Vertrauen und das Verständnis politisch erzogener Volkskreise stützen; die Diktatur lebt von der Unwissenheit, die an politische Wunder glaubt und sie täglich neu erwartet. Vor die Wahl gestellt, sachliche Außenpolitik zu treiben, oder ihr Publikum bei Laune zu halten, muß sie sich notgedrungen für das zweite entscheiden. Denn davon hängt auf die Dauer ihre Existenz ab.

Was sie damit erreichte, ist dies: Der Frieden, den Deutschland nicht weniger braucht als Frankreich, ist aufs schwerste bedroht. Von neuem ballt sich eine ungeheure Koalition zusammen, die im Kriegsfall gegen Deutschland stehen wird. An die Stelle der Freundschaft mit der Sowjetunion ist erbitterte Feindschaft getreten. England, Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich in der Zeit

der Republik, ist ganz an die Seite Frankreichs gedrängt. Polen hat nach kurzem Schaukelspiel sein Bündnis mit Frankreich erneuert. Die Kleine Entente demonstriert vor der Welt ihren Zusammenhalt und ihre Orientierung nach Paris und London. Hinter diesen Staaten, die im Kriegsfall als unmittelbar Handelnde in Erscheinung treten dürften, steht mit ihren Sympathien so gut wie die ganze übrige Welt: nicht nur die kleinen Neutralen Europas, sondern auch das große mächtige Amerika.

Gegenüber diesen Aktiven der Gegenseite sind die des Dritten Reiches gering. Die sichtbaren Möglichkeiten beschränken sich auf eine Bundeshilfe Italiens mit seinen kleinen Donauvasallen, sowie Japans Möglichkeiten sind aber noch keine Sicherheiten.

Dr. Richard Kern hat in einer scharfsinnigen Analyse der Weltlage sehr richtig auseinandergesetzt, daß es sich in einem neuen Kriege um nicht weniger handeln würde als um eine Neuverteilung der Welt. Daraus ergibt sich, wie ungeheuer das Risiko dessen ist, der im Ernstfall mit Deutschland geht, und wie gering seine Gewinnchancen sind. Ein deutsch-italienischer Block wäre gewiß für Frankreich und die Kleine Entente eine furchtbare Bedrohung. Aber der Weg in der Welt bleibt ihm im Osten durch den russischen Koloss, im Westen durch die Macht des englischen Imperiums versperrt; er kann sein Ziel nicht erreichen, wenn es ihm nicht gelingt, wenigstens eine dieser beiden Barrieren zu zertrümmern. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er schließlich zwischen beiden zermalmt werden wird, zumal ihm seine Gegner an Finanzkraft, Rohstoffen und Zufuhrgelegenheiten weit überlegen sind.

Solche Erwägungen lassen es also höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß Italien mit Deutschland bis zum bitteren Ende gehen wird. Das Spiel mit dem Bündnis ist ihm sehr nützlich, das Bündnis selbst wäre ihm höchst gefährlich. Ähnliches gilt auch von Japan.

Das deutsch-japanische Abkommen gegen den Kommunismus hat die ganze Welt um den Stillen Ozean alarmiert und ihren Argwohn hervorgerufen. Es hat England und Holland, China und vor allem Amerika aufhorchen lassen. Das deutsche

Volk feiert auf Göbbels' Befehl einen neuen Sieg, und die Welt rückt noch enger gegen Deutschland zusammen.

Wohin kann das führen? Nur zu einem zweiten Weltkrieg, der von Deutschland unter viel schwereren Bedingungen zu führen wäre als der erste. Deutschlands militärischer Vorsprung war 1914 viel größer und seine innere Geschlossenheit war viel stärker als sie in einem kommenden Jahre des Unheils sein könnte. Es ist keine Partei mehr vorhanden, die, wie die Sozialdemokratie 1914, von einem Waffenerfolg des eigenen Landes eine freiheitliche Entwicklung im Innern erhoffen könnte. Vielmehr hat das braune Regiment Millionen verzweifelter Menschen zu dem Glauben getrieben, daß ihnen nur eine Niederlage die verlorene Freiheit wiederbringen kann.

In Deutschland lebt man jetzt im Frieden, als wäre schon Krieg. Es wird rationiert und kaserniert, exerziert und zensuriert, es wird gehungert, gelogen und geflaggt. Alle moralischen Energien, deren voller Einsatz im nationalen Existenzkampf notwendig ist, werden vorverausgibt und verwirtschaftet. Sie werden zum größten Teil schon verbraucht sein, wenn die Gegenseite erst aufzuholen beginnt. Und welche Möglichkeiten werden sich für die Kriegspropaganda der neuen Entente eröffnen! Was für Dinge wird man da zu hören bekommen, wenn aus allen Lautsprechern dröhnen wird, wer die Machthaber Deutschlands sind und was sie getan haben!

Das alles, was geworden ist, und was noch droht, haben die deutschen Sozialdemokraten nicht gewollt. Man mußte sie erst niederwerfen und mundtot machen, bevor es möglich wurde. Die deutschen Sozialdemokraten haben im Jahre 1918 einen zerbrochenen Staat übernommen, um ihn wieder aufzurichten, — die anderen bereiten alles vor, um ihn noch einmal zu zerbrechen. Die einen haben der Nation gedient, die anderen verdienen an ihr.

Die sogenannten Nationalsozialisten sind weder Sozialisten noch haben sie ein Recht, sich national zu nennen. Die Nation vor ihnen zu warnen und nach Kräften vor ihnen zu schützen, ist die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie im Exil, ihre wichtigste Aufgabe. Eine weit wichtigere als die — manchmal unvermeidliche — Kritik an den Verhalten ausländischer Regierungen.

Für unsere auswärtige Politik — so dürfen die deutschen Sozialdemokraten Léon Blum variieren — sind sehr einfache Grundsätze maßgebend: der Entschluß, über alle anderen Interessen die des deutschen Volkes zu stellen, und die Ueberzeugung, daß das deutsche Volk kein größeres Interesse hat als das am Frieden, die Gewißheit, daß der große Friedensmorgen Europas nicht früher kommen kann als bis es Abend wird für die deutsche Diktatur!

Friedrich Stampfer.

Die Madrider Universitätsstadt

Ein großes Projekt des Friedens — jetzt Stätte des Grauens

Fast täglich bringen die Zeitungen Berichte über die Universitätsstadt von Madrid, über die Philosophische Fakultät, in der Bücher als Barrikaden benutzt wurden, über die »Casa Velazquez« die fast ganz zerstört zu sein scheint. Was ist diese Universitätsstadt, wo liegt sie, wie ist sie entstanden? Die »Ciudad Universitaria«, wie sie heute existiert, ist nur ein Teil eines grandiosen Projektes, des größten Bauobjektes, das in Spanien seit Jahren in Angriff genommen worden war. Auf dem ganzen großen Freigebiet, das sich im Nord-Westen der Stadt, zwischen dem schönsten Naturpark der spanischen Residenz, dem Westpark, bis zu den weiten Jagdgründen des ehemaligen Königshauses, dem Pardo, hinzieht, im Süden vom Manzanares begrenzt, im Norden sich dem Gebirge öffnend, sollte eine Stadt erbaut werden, die in Europa kaum ihresgleichen haben dürfte.

Die Anregung zu diesem seitens Plan ging aus von der Madrider Medizinischen Fakultät, die seit Jahrzehnten in völlig unwürdigen, überbelegten, ganz veralteten Räumen arbeiten mußte. In den letzten Jahren der Monarchie wurde eine Studienkommission ernannt, bestehend aus Professoren und Architekten, die die modernsten Universitäten in Europa und Nordamerika besuchte. Da aber bald auch die anderen Fakultäten ihre Ansprüche auf neue, geräumige und vor allem in ihrer Ausstattung den Anforderungen moderner Wissenschaft entsprechende Gebäude anmeldeten, keimte der Plan, alle Fakultäten von Grund auf neu zu errichten. Der Plan fand Beifall beim letzten König, der das oben gekennzeichnete Terrain zur Verfügung stellte. Einen ganz neuen Eilan bekamen die Pläne, als Spanien in eine Republik verwandelt wurde. Die fortschrittlichen pädagogischen Kreise, die sich um die »Junta de Ampliación de Estudios«* gruppieren, und eine innere Reform des gesamten spanischen Universitätswesens erstrebten, sahen in dem großzügigen Bauprojekt eine willkommene Gelegenheit, dem neuen pädagogischen Geist äußeren Ausdruck zu verleihen. Aus diesen zwiefachen Quellen erwuchs der Gedanke, vor den Toren der Stadt Madrid eine Gartenstadt zu errichten, die jedem Bedürfnis der Studierenden und Wissenschaftler in weitestem Maße Rechnung tragen sollte. Sie sollte eine Vereinigung von Lehr- und Forschungsinstituten, mit den modernsten Apparaten und Instrumenten versehen, mit neuzeitlichen, hygien-

*) Diese Vereinigung hat in Spanien u. a. die ersten wirklich guten weltlichen, öffentlichen Mittelschulen geschaffen und das »Centro de Estudios Historicos« ein historisches und sprachwissenschaftliches Forschungsinstitut, das als einziges Institut von Hochschulrang auch unentgeltliche Vorträge veranstaltete, an dem jedermann teilnehmen kann; daneben hat sie die Institution der alljährlich in Santander stattfindenden Internationalen Sommeruniversität ins Leben geführt.

schon und komfortablen Wohnhäusern, Turnsälen, Lese- und Spielsälen sein, eingebettet in Grünanlagen, in denen es nicht an Sportplätzen und Schwimmbassins fehlt.

Der Gesamtplan sieht folgendermaßen aus: Das erste Viertel, zu dem man in wenigen Minuten von dem jetzt auch oft zitierten Mustergefängnis aus gelangt, soll die »Residenzen« bergen, d. h. Studentenheime nach englischem Vorbild, jedes mit Hausbibliothek, Musik- und Versammlungsraum versehen. Um jedem Studenten die Möglichkeit zu geben, seinem heimatlichen Milieu so nah wie möglich zu bleiben, wurden alle »Regionen« des Landes — so Kastilien, Aragonien, Katalonien, Andalusien etc. — und die wichtigsten fremden Länder aufgeführt, eigene Heime unter eigener Verwaltung zu errichten, das Gelände wurde ihnen von der Universitätsstadt zur Verfügung gestellt. Wenn auch die einzelnen Häuser meist ihre eigenen Tennis- und Fußballplätze haben, so ist doch die Anlegung von großen gemeinsamen Sportplätzen, eines sehr großen Schwimmbades und eines Riesenstadions geplant, um würdigen Raum für die Austragung aller interlokalen und internationalen Wettkämpfe zu schaffen.

Die Hochschulinstitute selbst liegen nicht eng beieinander, sondern sind über das ganze weite Terrain der Universitätsstadt verteilt. Der dem Viertel der Residenzen und der Sportanlagen benachbarte Stadtteil ist das Viertel der Musik und Bildenden Künste; hier sollten die Hochschule für Musik mit großem, für die ganze Stadt und Gäste aus Madrid ausreichendem Konzertsaal, Technische Hochschule, Hochschule für Malerei und Architektur etc. ihren Platz finden. Vollerendet und seit einem Jahr in Betrieb war nur die Hochschule für Architektur, deren Haus so ausgestattet ist, daß alle Arten Baustoffe, Wand-, Decken- und Fußbodenbekleidung einer praktischen Materialprüfung unterzogen werden können.

Die anderen Universitätsinstitute sind in weitere drei Gruppen aufgeteilt, die Medizinische Gruppe, die Landwirtschaftliche und die Gruppe der Philosophischen, der Juristischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultäten. Den größten Raum nimmt die Medizinische Gruppe ein, deren Kern die Medizinische Fakultät, das Zahnärztliche und das Institut für Augenkrankheiten bildet. Die Gebäude sind alle vollendet, konnten aber nur teilweise in Gebrauch genommen werden, weil das Wichtigste, die Apparaturen und Instrumente, wegen der großen Kostspieligkeit noch nicht angeschafft werden konnten. Angefangen und leider halbfertig liegen gelassen ist der Bau des Universitätskrankenhauses, ein Gebäude von seltener Schönheit und in herrlicher Lage oberhalb des Manzanaresales gelegen; alle Stockwerke sind mit Terrassen und Veranden versehen, die die köstlich reine Luft, die

vom Sierra-Gebirge herinweht, und jeden Sonnenstrahl auffangen. Ein näheres Studium des Bauplans ergibt, daß hier wirklich — eine große Neuerung für Spanien — funktionell gebaut ist, die ganze Raumeinteilung in horizontaler und vertikaler Richtung ist sorgsam durchdacht und auf die Bedürfnisse der Kranken und des Pflegepersonals ebenso wie auf die Berücksichtigung der Lehrzwecke abgestellt. Daß dieses Hospital nun schon 11½ Jahre auf seine Vollendung warten mußte, ist um so verhängnisvoller, als dadurch nicht nur die Interessen einer immerhin begrenzten Zahl von Wissenschaftsbeflissenen betroffen wurde, sondern auch und vor allem weite Kreise der Madrider Arbeiterschaft und Kleinbourgeoisie. Einigermaßen Schritt halten mit dem Durchschnittsniveau mitteleuropäischer Krankenhäuser können in Madrid nur die privaten und wenige Stiftungskliniken. Die öffentlichen Krankenhäuser einschließlich des alten Universitäts-Hospitals, sind in einem geradezu katastrophalen Zustand, der den bescheidensten Anforderungen moderner Hygiene spottet. Bei dem Tiefstand der Sozialpolitik in Spanien fehlt es natürlich auch völlig an eigenen modernen Einrichtungen der Versicherungsträger, so daß die große Masse des Volkes es vorzieht, auch bei Krankheiten, die eine Krankenhausbehandlung erfordern würden, in den unhygienischen und völlig unzulänglichen Wohnungen zu bleiben. Welch ein Segen hätte da gestiftet werden können, wenn die Gelder, die von weiten Kreisen der Bevölkerung, nämlich durch eine Universitäts-Lotterie (und in Spanien ist ja das Lotteriespiel eine Volkskrankheit, von der auch der kleinste Mann angesteckt ist) aufgebracht wurden, einer Verwendung zugeführt hätte, die dem Volk direkt dienen würde! Andere Teile der Medizinischen Zone, die ebenso bedeutsam für das Wohl der Arbeiterschaft hätten werden können, sind: ein riesiges Gynäkologisches Institut und eine Geburtsklinik — eine hochwertige Einrichtung in einem Land mit außergewöhnlich hoher Fruchtbarkeit, der aber bis heute infolge der mangelhaften Geburtshilfe und noch mangelhafter Hygiene in der Kinderaufzucht eine überdurchschnittliche Kindersterblichkeit entspricht — und ein Lehrinstitut für weltliche Schwestern. Dieses Institut hätte endlich ein schon lange in weiten Kreisen der Bevölkerung empfundenes Bedürfnis befriedigen können, da ja bis heute die Krankenpflege in Spanien fast völlig von Nonnen monopolisiert ist und sich daher auch die antiklerikalen Menschen im Fall der Krankheit in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche begeben müssen. In diesem Bürgerkrieg muß sich der Mangel an geschultem weltlichen Pflegepersonal katastrophal gerächt haben, denn es wurden zwar aus den meisten öffentlichen Krankenhäusern, sogar aus Hospitälern, die frommen Stiftungen gehören, die Nonnen herausgeworfen,

Schlachtruf der Retter

Wie kann nur die Welt so begriffstotzig sein?
Gewiß, wir verbündeten uns den Japanern, wir halfen den Franco'schen Soldatenkannern im Kampf gegen Spanien. Doch trägt auch der Schein, die rassistische Ehre der Deutschen blieb rein, Volk ans Gewehr!

Ihr nordischen Brüder seid faul und verderbt, ihr hasset der Giftbomben stinkende Dämpfe, ihr hasset des Gastodes heldische Krämpfe. Wir blasen zum Kampfe! Nun zeigt, wie ihr sterbt und ob ihr den Stolz eurer Väter geerbt. Volk ans Gewehr!

Auf! Gegen die Norden in blutiger Hatz! Japaner, schließt zu, ihr braucht keinen zu schonen, ihr, Neger, seid tapfer, der Streit wird sich lohnen. Euch räumen die Nordländer sterbend den Platz, ihr erbt der Kulturvölker leuchtenden Schatz. Volk ans Gewehr!

Wir haben fürwahr einen triftigen Grund, mit Schwarzen und Gelben auf Weiße zu schießen und selbst mit dem Teufel ein Bündnis zu schließen. Es segne Walhalla den trutzigen Bund — wir wollen den Krieg, denn der Krieg ist gesund. Volk in den Tod!

Die verbotene Kritik

Die Nazipresse hat das Verbot der Kunstkritik mit Beifall hingenommen. Ihre Bonzen haben schon immer gefordert, das lediglich die Partei zu bestimmen habe, was Kunst ist und was nicht. Es ist dasselbe, was im Zuge der jüngsten Rodekanonaden der braune Ministerialrat Berndt ausgesprochen hat:

»Für die Beurteilung eines Kunstwerkes kann im nationalsozialistischen Staat nur die nationalsozialistische Kulturauffassung maßgebend sein. Nur Partei und Staat sind in der Lage, aus dieser nationalsozialistischen Kunst-auffassung heraus Werte zu bestimmen. Ist eine Wertbestimmung durch diejenigen, die einen Auftrag zum Richtertum haben, gegeben, dann selbstverständlich steht es dem Kunstschaffenden frei, mit diesem Wert zu messen. Das wird aber immer nur von Fall zu Fall geschehen können.«

Dies Kauderwelsch, ins Deutsche übersetzt, besagt: die braunen Partei-Bonzen ernennen Kunsttrichter und die haben die Meinung des Propagandaministeriums zu berichten. Das darf dann gedruckt werden. Tiefer kann der Kunstteil einer Presse nicht mehr sinken.

Die gleichgeschaltete Presse hat sich mit der Verurteilung des Maulkorbes abgefunden. Manche hüllen sich in Schwelgen, andere, wie die DAZ, versichern gut masochistisch, daß sie schon vor 1933 gegen die Auswüchse der »linksradiakalen Kunst« geschrieben haben. Wieder andere behelfen sich mit Kommentaren, zwischen deren Zeilen der Meckergeist sein Spiel treibt. So schreibt ein Berliner Boulevard-Blatt:

»Ist die Kunstkritik in Zeitungen und Zeitschriften beseitigt, so wäre es ander-

seits eine böswillige Verkennung der kunstpolitischen Absichten, zu behaupten, es gäbe nun keine Kritik mehr in Deutschland. Sie ist lediglich aus den Zeitungen und Zeitschriften verschwunden. Sie wird, wie es in einem autoritär regierten, totalen Staat selbstverständlich ist, in erster Linie von der Regierung und den amtlichen kulturwaltenden Organen geübt, die die nationalsozialistische Weltanschauung vor Verfälschung und Verfälschung schützen...«

Es könnte auch heißen: Wir Zeitungen haben zwar keine Kritik mehr, aber dafür haben sie die anderen. Da sich das hiterdeutsche Publikum daran gewöhnt hat, nur noch zwischen den Zeilen zu lesen, so faßt jeder Leser diesen Witz als eine Veräppelung des Verbots auf. Schade, daß drüben niemand nachdrucken darf, was die Nazipresse einst in ihrer Sünden Malenblüte, über die notwendige Freiheit der Kritik schrieb. Als ein sächsisches Naziblatt einst eine Verwarnung durch den Polizeipräsidenten erhielt, weil es eine Theaterkritik mit dunklen Drohungen verbunden hatte, heute es entrüstet auf und schrieb: ein System, das nicht einmal mehr eine scharfe Theaterkritik verträge, sei für den Untergang reif!

Lessing gegen Göbbels

Die »Frankfurter Zeitung« wagt es, einige jener klassischen deutschen Kritiker zu zitieren, auf die sich Göbbels in der Begründung seines Dekrets so nebenbei berufen hat: Lessing, Kleist, Tieck, Fontane, Gustav Freitag. Die F. Z. zitiert einige ihrer Kritiken und siehe: sie üben nicht nur klare entschiedene Kritik, sondern Lessing und Tieck wenden

sich auch gegen den »Parteigeist«, den die Kreaturen des Göbbels zum obersten Kunstrichter erhoben haben. Tieck verlangt ausdrücklich, das Theater müsse »die verständigen oder scharfen Einreden anhören und sich nach ihnen regulieren... Am wenigsten ist Lessing für das Dekret zu brauchen, er schreibt in einem seiner Briefe:

»Wenn ich Kunstrichter wäre, so würde meine Tonleiter diese sein: Gelinde und schmeichelnd gegen den Anfänger; mit Bewunderung zweifelnd, mit Zweifel bewundernd gegen den Meister; abschreckend und positiv gegen den Stümper; höhnisch gegen den Prahler; und so bitter als möglich gegen den Kabalenmacher. Der Kunstrichter, der gegen alle nur einen Top hat, hätte besser gar keinen. Und besonders der, der gegen alle nur höflich ist, ist im Grunde, gegen die er höflich sein könnte, grob...«

Eine schärfere Absage an die braunen Kunstfeldwebel, »Stümper, Prahler und Kabalenmacher« gibt es nicht, und die Zusammenstellung der F. Z. besagt in der Meckersprache des Dritten Reiches, daß sich Göbbels mit dem neuen Maulkorbesgesetz auf sonstwas berufen soll, nur nicht auf die großen Namen der klassischen Kritik.

Schmock in Sevilla

Braune Verbrüderung mit der »schwarzen Schmock.«

Durch die Nazipresse geht ein aufschlußreicher Reisebericht. Aufschlußreich deshalb, weil man aus ihm ersieht, was sich der deutsche und italienische Faschismus von einem Siege Francos versprechen. Verfaßter des

ein gleichwertiger Ersatz auf unkirchlicher Basis war aber nicht aufzutreiben.

Gegenüber dem medizinischen Viertel liegen die Häuser des landwirtschaftlichen Teils, des ältesten und unschönsten von allen, der schon lange vor der Projektierung der Universitätsstadt existierte und daher völlig unmodern, in geschmacklosen Ziegelbauten aufgeführt wurde, die seltsam kontrastieren mit den übrigen Gebäuden, die sämtlich im Beton-Skelettbau konstruiert sind. Es handelt sich hier um die Land- und Forstwirtschaftliche Hochschule und um Versuchsanstalten für Ackerbau und Viehzucht.

Der am weitesten vom Eingang in die Stadt entfernte Teil ist der Philosophischen, der Juristischen und der Naturwissenschaftlichen Fakultäten vorbehalten. Er ist derjenige, der architektonisch am einheitlichsten gehalten ist und dessen ausschlaggebende Bedeutung für die geistig-politische Haltung der größten Universität Spaniens dadurch gekennzeichnet wird, daß er das zentrale »Paraninfo«, den Hauptversammlungsraum der ganzen Stadt bergen wird. Die Aufgabe, alle Energien der einzelnen Fakultäten in sich zu sammeln, wird symbolisch angedeutet durch den Standort des Paraninfos: schon vom Rundplatz vor der Hochschule für Architektur aus sichtbar, den Blick des Besuchers von dort aus auf sich ziehend, soll er Abschluß und Krönung der Hauptallee bilden, die in langsamem Anstieg in das Gelände hinausführt, direkt auf die, von der unendlichen Bläue des spanischen Himmels in leuchtendem Weiß sich abhebenden Schneeberge zu.

In diesem letzten, repräsentativsten Viertel wurde als erstes fertiggestellt und in Betrieb genommen die Philosophische Fakultät, die schon über zwei Jahre funktionierte. Die in derselben Farbe gehaltenen, in der Grundkonstruktion zu ihr passenden Häuser der beiden anderen Fakultäten wurden vor 1½ Jahren mitten im Bau abgebrochen, starren mit leeren Fensterhöhlen und ungedeckt in die Landschaft. Der Grund liegt hier, wie beim Hospital, im Geldmangel — der Vorschlag für das gesamte Projekt belief sich anfänglich auf 200 Mill. Ptas., wurde aber bald nach Fertigstellung einiger Bauten auf 400 Mill. erhöht. Aber auch diese Summe wird wohl längst nicht ausreichen, vor allem, wenn man die Kosten berücksichtigt, die die Innenausstattung der Medizinischen, Naturwissenschaftlichen und Technischen Institute erfordern wird. Da in den Etats nur verschwindende Summen für die Ciudad Universitaria bewilligt wurden, war man auf den Ausweg einer alljährlich wiederkehrenden Lotterie verfallen, die in den ersten zwei Jahren, unterstützt durch eine geschickte Propaganda, ganz ansehnliche Beträge einbrachte. Bald aber erlahmte der Eifer der Propagandisten und das Interesse des Publikums, so daß man nicht einmal die Gelder für die Fortführung der angefangenen Bauten zusammenbringen konnte. Ein gigantisches Werk von solchen Ausmaßen kann nur finanziert werden, wenn sich die Bauherren auf große, jährlich neufließende Geldquellen stützen können. Solche

Berichte ist das Chamäleon Colin Roß. 1918 tauchte er im Berliner A- und S-Rat auf, gebärdete sich lange Zeit als Sozialdemokrat und war beflassener Mitarbeiter demokratischer und sozialistischer Blätter. Ein alter Novemberverbrecher also, der sich im Wandel der Konjunkturen u. a. auch zum Nazi wandelte. Tja, das Leben ist eine Rutschbahn, man muß das Rutschen nur verstehen, und nun sitzt er in Sevilla und schmeckt von dort für die Nazipresse. Tausend und eine Nacht erlebt er momentan, »eine Ehrenwache marokkanischer Soldaten« empfängt ihn in Franco's Andalusia-Palast:

»Durch ein Spalier brauner Krieger in weißen Turbanen mit roten Schärpen schritt ich in einen weiten Patio in maurischem Stil. Vor den kachelverkleideten Wänden saßen auf niedrigen Diwanen härtige, dunkle Männer in lang herabwallenden Gewändern aus feinstem weißer Wolle. Wären nicht zwischen all diesem Traumpuk aus 1001 Nacht auch etliche Khakiformen spanischer Offiziere gewesen, Blauhemden der Phalanx und Rotmützen der Reguetés, ich hätte mich in die Zeit Al Mansurs des Siegreichen zurückversetzt wähnen können, des Almohaden-Herrschers, der Sevilla zu seiner Lieblingsresidenz gemacht.«

Alles gemahnte ihn an jene Zeit, da die Mauren über Spanien herrschten. Bei Wotan, ein schönes Eingeständnis! Dann fraternisiert er mit den Scheichs und trinkt mit den Kriegern Allahs »aus dampfendem Samowar...« Denn:

»Ein Verbrüderungsfest ist es, was sich hier abspielt. Der Großweir des Kalifen von Tetuan ist mit zahlreichem Gefolge zu einer Staatsvisite nach Sevilla gekommen, dem Hauptquartier Queipo de Llanos, des Befehlshabers der Südfreit.«

In den Weltkriegsjahren 1917/18 war das. An den Fronten lichteteten sich die Reihen. Die Nachrückenden — mehrfach zurückgestellte Kranke, Schwerhörige, Schwachsichtige, Alternde und Kinder — die Nachrückenden waren zum Teil schon von in den totalen Schrecken hineingewirbelt worden. Ohne Not greift man nicht zum Notabitur. Als noch der Kampf darum ging, wo den deutschen Jungen zugunsten der kriegsmäßigen Ausbildung ein Schuljahr abzuzucken sei, in der Grund- oder in der höheren Schule, da beantwortete Göbbels ein gut Teil der schon ausgesprochenen und der noch zu erwartenden Bedenken außerordentlich eindeutig. Am 1. November sagte er im großen Saal des Berliner Ufa-Palastes vor etwa 2000 Mitgliedern der Hitlerjugend, des Jungvolkes und des BdM:

»Die Phrasen kenne ich, daß wir zu jung und unerfahren seien; daß wir deshalb zuerst lernen statt reden müßten. Wenn wir damals gelernt statt geredet hätten, wäre Deutschland wahrscheinlich trotz all unserer Gelehrsamkeit in das Chaos und in den Bolschewismus versunken. Denn wenn es in der Entwicklung der Völker hart auf hart geht, wenn große Entscheidungen vor der Tür stehen, dann hilft nicht die Gelehrsamkeit, sondern der Charakter. Die Gelehrsamkeit wird in den Schulen, aber der Charakter wird in den nationalsozialistischen Formationen gelernt.« (Bericht der »Preuß. Zeitung« Nr. 305.)

Neben diesen kriegerischen Trompetenstößen verhalten die warnenden Stimmen der Lehrer, der Professoren, der Eltern. Noch am 11. Oktober hatte die »Frankfurter Zeitung« geschrieben:

»Es ist unausweichlich, daran zu erinnern, daß die Epoche der höheren Schule heute für die Jungen zugleich die Epoche des Dienstes und der Erziehung in der Hitlerjugend ist. Es sind ganz gewiß nicht die »Reaktionäre«, die darauf dringen, daß die Schulbildung durch diese doppelte Beanspruchung nicht ins Hintertreffen gerate. Es sind ja auch nicht einmal bloß Studienräte, die diese Sorge haben. Diejenige »Konzentration« oder Intensivierung des Unterrichts, die hier zum harmonischen Ausgleich nötig ist, würde aber, wie uns und anderen scheint, eine Verringerung der Schuldauer auf acht Jahre schlecht vertragen.«

Noch am 24. Oktober hatte Dr. W. Rabius (J. d. Reichsführung der deutschen Studentenschaft) in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« gemahnt:

»Es wäre ein Verbrechen an der Spannkraft unserer Jugend, die mit neun Jahren schon genügend beansprucht ist. Außerdem würde es sich — das ist ebenso gefährlich — um eine Zusammendrängung notwendigen Wissensstoffes handeln. Seit Jahren schon klagen die Professoren aller Hochschulen, daß die wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen der jungen Semester gegenüber der Vorkriegslage ungünstiger geworden sind, daß viele Voraussetzungen, die früher die höhere Schule vermittelte,

Goldquellen mögen noch mit Hilfe von privaten Auslandsanleihen usw. flüssig gemacht werden können, wenn es sich um werbende Zwecke, Wasser- oder Kraftwerke usw. handelt, die allmählich ertragreich werden. Für reine Kulturzwecke können solche Summen in wenigen Jahren nur aufgebracht werden von einem Staat, der den einheitlichen Willen und die politische Macht hat, ohne Rücksicht auf die Rentabilität ein umfassendes Bildungswerk zu schaffen, das den großen Massen des Volkes, die bisher abseits standen, zugute kommt. Die Gestaltung einer »Ciudad Universitaria« in Madrider Ausmaß wäre eine würdige Aufgabe für einen Arbeiter-Staat Spanien. E. R.

Nicht einmal die Leibwache des Sultans fehlt und nicht seine Musikkapelle, — »die aus schwarzen Sklaven besteht.« Das faschistische Italien mußte bekanntlich Abessinien überfallen, damit die Sklaverei aufhört, in Spanien gehören die Sklaven des Sultans zur allfaschistischen Staffage und die Sklavenhalter sind Bundesbrüder. Alles für das bedrohte Christentum — und gegen England und Frankreich. Der Schmock Roß kann sich vor Eifer nicht bremsen, es muß heraus:

»Gibraltar ist heute so uneinnehmbar wie je. Aber was nützt das? In ihrem uneinnehmbaren Gibraltar sitzen die Briten im Kriegsfall wie in einer Mausfalle, wenn sie Spanien nicht auf ihrer Seite haben. Gewiß, sie können den Verkehr auf der Meerenge verhindern, nicht aber den darüber weg, und darunter durch. Sie selber können aber auch nicht mit ihren Schiffen ins Mittelmeer hinein noch daraus hinaus, wenn ein zu neuem Machtwillen erwachtes Spanien die Felsen von Ceuta und Tarifa befestigt. Die sperren die Enge viel wirksamer als Gibraltar, dessen Hafen bereits ein paar bei Algeciras aufgestellte Hauptbatterien unbenützt machen können.«

Aber nicht nur den Engländern, sondern auch den Franzosen soll Franco's künftiges Regime schwer zu schaffen machen; erstens an den Pyrenäen, zweitens und vor allem in Nordafrika:

»Nach dem, was ich von meinen neuen braunen Freunden gehört, haben sich die Mauren und Spanier in Marokko restlos verständigt. Mit voller Billigung der letzteren ist eine starke nationale maurische Bewegung im Werden, die sich nach dem Vorbild der spanischen Phalanx aufbaut. Dem pan-

moammedanischen nordafrikanischen Kongreß, den die Franzosen in Rabat verboten, haben die Spanier in Tetuan eine Freistadt gewährt.«

So erwachsen für Frankreich Gefahren, »die man sich in Paris bisher wohl kaum hat träumen lassen...« Zumal die Mauren auch für den »Kampf gegen die Gottlosenpropaganda« scharf gemacht wurden, und der alte Novemberverbrecher Roß vergißt im Eifer ganz, daß sich ja die deutschen Pfarrer täglich über die zunehmende Gottlosenpropaganda im Hakenkreuzlager beschwerten und sich eine Reihe prominenter Naziführer mit Stolz zu den Neuheiden rechnen. Die »Verbrüderung zwischen Weiß und Braun« muß dem alten bewährten Schmock überhaupt ein bißchen auf die Feder geschlagen sein, er vergißt jedes Sicherheitseffekt, er übersieht im Taumel der Verbrüderung mit der »schwarzen Schmach«, daß der Koran noch immer die Vernichtung des Glauben gebietet und das ein siegreicher Aufstand des nordafrikanischen Mohammedanismus auch das Ende jeder spanischen Herrschaft in Marokko bedeuten würde.

Selten hat sich der faschistische Wahnsinn so deutlich offenbart, wie in dieser hetzerischen Schmockklade, die in großer Aufmachung durch die Hitlerpresse läuft. Selten ist so delirant ausgesprochen worden wie hier, daß gewisse Hasardeure bereit sind, aus Machtwahn, Bankrottstimmung und Zerstückelungsdrang die Barbarei aller Farben bis Europa los zu lassen — von den Gelben bis zu den Schwarzen. B. Br.

heute einfach nicht mehr da sind... Es gibt eine Grenze der Erkenntnismöglichkeit, die sich vielleicht langsam nach unten verschiebt, aber nicht einfach um ein Jahr des Alters hinabgedrängt werden kann. Alle Ingenieure und Chemiker — um nur zwei heute lebensnotwendige Berufe zu nennen — müßten gegen diesen Achtjahresplan geradezu Sturm laufen.«

Und noch im November klagten zwei Mütter in den Leserstimmen desselben Blattes:

»Die aktuell gewordene Entscheidung für die achtjährige Schulzeit an den höheren Schulen ist zweifellos eine ganz große Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Ein an sich kleiner Umstand scheint bei der Berechnung für acht Jahre übersehen worden zu sein, daß die Schulwoche ja jetzt schon nur noch fünf Tage beträgt. Durch den Fortfall der fünf Sonntags- und Vormittagstunden aber beträgt die Schulzeit in acht Jahren künftighin tatsächlich nur sieben Jahre!« (Nr. 510.)

»Die Großen sind schon heute ausgefüllt: ja, sie können sich oft nicht mit der nötigen Ruhe mit ihren verschiedenen Pflichten befassen und allem gleichmäßig gerecht werden... So sehr wir es begrüßen, daß unseren Kindern eindringlicher als uns einst ihre Verpflichtung dem Vaterland gegenüber klargemacht wird, so wird uns Müttern doch oft Angst vor dem »Zuviel« für die Kinder. Wo bleibt die »schöpferische Pause«, die die Strenge des Lebenskampfes so oft dem Erwachsenen mißgönnt, und die wir doch wenigstens unseren Kindern in der wichtigen Zeit des Aufbaus körperlicher und seelischer Kräfte wünschen möchten?« (Nr. 522.)

Die ganze Frage, die selbst im kirchhofsstillen Dritten Reich ein derart heftiges Echo weckte, ist nun mit einem Federstrich entschieden worden — und niemand läuft »Sturme, wie Rabius es verlangte, niemand spricht mehr von »Verbrechen«. Lakonisch wird noch mitgeteilt:

»Auch für die Schüler der jetzigen Oberprima, die in der Woche vom 1. bis 6. Februar 1937 die Reifeprüfung ablegen, fällt die schriftliche Prüfung fort.«

Nicht nur den 18-, sondern auch den 19-jährigen wird also das Notabitur bewilligt. Einmal, um ihre Stimmung zu heben, und zum anderen, weil es bei dem nun einsetzenden Edrdill der Unterprimen in allen, vor allem in den obersten Klassen an Lehrern fehlen wird, so daß auch die ohnehin bis Ostern Entlassungsreifen in ihrer Arbeit zurückgeworfen werden. Unter den sieben Fächern, in denen laut Ratus Erlaß »mit den Unterprimen auch der Lehrstoff der Oberprima in den wesentlichen Grundzügen bis zum Schluß des Schuljahres erarbeitet werden soll« (der Stoff eines ganzen Jahres in drei Monaten!) unter diesen sieben Fächern befinden sich zumindest vier, die heute in den deutschen Schulen bereits ausschließlich

Giftgas — wie spaßig!

»Und dann kam die Schutzmaske in Person. Schnell aufsetzen! Da wurden wir munter, da kam Leben in die geduldigen Zuhörer, da fingen wir an, über den lieben Nächsten zu lachen. Aber aus unserem Lachen sollte bald Weinen werden. Mit der Schutzmaske in den Schutzraum, und da gab's eine Kostprobe Tränengas! Mit Schutzmasken, mit fröhlichem Gesang: das Wandern ist des Müllers Lust, marschierten wir durch den Schutzraum, über den man als Sinnspruch schreiben sollte: »Es gehen viel geduldige Schafe in einem Stall.«

... Unser Leiter hatte unsere geistige Nahrung nach einem schmackhaften Rezept zusammengestellt: viel Humor, stets Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Geduld mit unserer Begriffstutzigkeit. Was wurde auch alles gemacht! Mit Schutzmasken durch friedliche Straßen ziehen, diesmal sangen wir: Drei Lilien. Wie sich wohl die Einwohner über uns freuten — eine ganze Kompanie schweinschnäuziger Teufel, die kläglich sangen!

Dann wieder in unseren Saal, da konnten wir über Tische, unter Tischen und durch einen dunklen Gang klettern. Nein, was gab das für Spaß!

(Aus dem Aufsatz »Fröhlicher Bericht vom Luftschutzlehrgang« von Maria v. Otterstedt in der Frauenzeitschrift »Die Frau am Werke«, November 1936.)

Das Notabitur

Kriegsbetrieb in den deutschen Schulen

Das Notabitur

Kriegsbetrieb in den deutschen Schulen

Bilanz der Sozialversicherung

Alles für die Kriegskasse — nichts für die Sozialrentner

Kriegsfächer sind: Chemie, Physik, Mathematik, Erdkunde. Und die übrigen drei: Deutsch, Geschichte, Biologie dienen teils der »rassistischen Erziehung«, teils der Anleitung zum Völkerraub. Übrigens sollen, wie ausdrücklich erwähnt wird, die Leibesübungen keineswegs eingeschränkt werden, nur der Parteidienst fällt — auf ganze drei Monate — angeblich weg, die pflichtgemäßen Feiern nicht gerechnet.

Jetzt kuscheln natürlich auch die wenigen gleichgeschalteten Blätter, die erst zu mecken wagten. Sie hoffen nur, daß die Universitäten einiges von dem »nachholens« mögen, was in den Schulen verübt wurde. Wie sollten sie das, da das Studieren ja nur noch eine Nebenbeschäftigung der wehrhaften Studenten ist! Und die »Deutsche Allgemeine« tröstet sich in ihrer Nummer 568 gar mit der Hoffnung auf wachsenden Kinder- (und Soldaten-)segen:

»Vor allem muß man erreichen, daß der Akademiker nicht zu spät in Beruf und Stellung und zu spät zur Familiengründung kommt, damit der Nachwuchs der hochwertigen Schichten nicht, wie bis heute, gefährdet bleibt.«

Der »Westen«, Berlin, aber, der manchmal zwischen der Zeilen meckert, gerät in verzweifelte Klammakstimmung:

»Im übrigen ist ja eine Reihe großer Weihnachtsgeschenke bereits verteilt worden: allen Berlinern wurde ein Stadtpräsident beschenkt, den Unterprimanern wurde das halbe Abitur und der ganzen Jugend ein Schuljahr geschenkt.« (Nr. 335.)

Geschenkt? Nichts wird den Völkern in der Geschichte geschenkt, und was hier geschieht, wird sich bitter und blutig rächen!

Die Sparer werden

vorsichtig!

Eine bemerkenswerte Entwicklung nimmt die Einlagenbewegung bei den Sparkassen in Deutschland. Im Monat Oktober 1936 gestaltete sie sich im Vergleich zum Vorjahr so:

	Oktober 1935	Oktober 1936
	in Millionen Reichsmark	
Zunahme der Einzahlungen	72,2	54,0
Zunahme der Auszahlungen	41,6	56,8
Spareinlagen insgesamt sind gestiegen	34,1	17,3

Die Zunahme der Einzahlungen hat demnach stark abgenommen, während die Zunahme der Auszahlungen rasch gewachsen sind. Diese Entwicklung ist nicht nur auf die Zahlungen der letzten Rate der 700-Millionen-Reichsanleihe zurückzuführen, wie das ein Göbbelskommentar gern glauben machen möchte.

Vielmehr wird sie durch die neue Hamsterwelle ausgelöst, die zur Zeit die verschiedenen Schichten des deutschen Volkes erfaßt hat. Nicht nur die Industrie versucht sich mit Rohstoffen aller Art einzudecken, selbst wenn sie darin schon reichlich versorgt ist, auch das Publikum ist ängstlich bemüht, seinen Markbesitz in Sachwertbesitz umzutauschen.

Daraus ist zu schließen, daß weder die Währungspolitik noch die Preispolitik im Volke viel gutgläubige Gemüter findet.

Verramscht!

Das früher im Besitz des Deutschen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterbank gewesene Lindcar-Fahrradwerk ist von den Nationalsozialisten in kurzer Zeit zugrunde gerichtet worden. Die neue Verwaltung hat das von Arbeitergeldern unterhalten, und unter freigewerkschaftlicher Leitung gut gehende Unternehmen mit neuen Schulden so hoch belastet, daß schließlich nur noch der Ausweg der Liquidation blieb.

Nachdem also der Betrieb eingestellt, die Arbeiter entlassen worden sind, sind, wie jetzt gemeldet wird, die Fabrikanlagen der Lindcar-AG in Lichtenrode an einen privaten Unternehmer für billiges Geld verramscht worden.

So ist das gemeint!

In dem Generalversammlungsbericht der »Nordsee«, Deutsche Hochseefischer-AG ist zu lesen:

»... Die »Nordsee« werde von jetzt ab in erster Linie nur nach volkswirtschaftlichen und nicht nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten können. Selbstverständlich müsse dabei die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gewahrt bleiben. Der bekannte Abschluß für 1935-1936 5 Prozent — im Vorjahr 0 Prozent — Dividende wurde genehmigt.«

Mit diesen »volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten«, deren Beachtung von einem Jahr zum anderen eine Erhöhung der Dividende um 5 Prozent bringt, werden die Aktionäre durchaus zufrieden sein!

Die Deutsche Arbeitsfront wendet sich mit den üblichen salbungsvollen Phrasen an die Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder, »Weihnachten im Geiste der Kameradschaft« zu verbringen. Es müßte schon vorher dafür gesorgt werden, daß »echte Weihnachtsfreude in die Arbeitsstätten einzieht«. Streitigkeiten und Kündigungsbriefe sollten bis nach Weihnachten zurückgestellt werden. Weihnachtsgratifikationen, Verschönerung der Arbeitsstätten und kameradschaftliche Haltung seien geeignet, in der Betriebsgemeinschaft »Freude zu spenden«. Vor allem müßten auch die Gefolgschaftsmitglieder an ihren Betriebsführer denken:

»Trachtet danach, auch dem Betriebsführer beim diesjährigen Weihnachtsfest eure Dankbarkeit und Freude zum Ausdruck zu bringen.«

Die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« vom 9. Dezember, die auf diese Weise »nationalsozialistische Weihnachtens« zu charakterisieren weiß, streift in einem Satz sogar das Los der von den Wechselfällen des Arbeitslebens betroffenen Arbeitskameraden und schreibt »wohlthätige angehaucht«:

»Vergeßt nicht die Krankenkassen! Besucht sie im Krankenhaus. Die Dankbarkeit, die aus den Augen eurer Arbeitskameraden hervorströmt, wird euch selbst Freude bereiten.«

Vielleicht entschließt sich der Ley, auch noch einige freundliche Besuche bei den Sozialrentnern und den Arbeitslosen anzuordnen und die soziale Frage wäre in harmonischer Weihnachtstimmung gelöst.

»Jawohl, so leitsprüchelt Ley, »wir lieben das Leben und freuen uns des Lichtes der Sonne und Lieben unser Volk.«

Die geradezu rührende Menschenliebe der Nazis wird just um die Weihnachten 1936

Mitgliederstand Arbeitslose bei Beschäftigte nach der Krankenkassen Arbeitsämtern d. Krankenk.-Stat.		
Januar 1933	18.512.000	6.013.612
März 1936	19.100.000	1.937.120

Während früher die Spanne zwischen dem Mitgliederbestand der Krankenkassen und der Beschäftigtenzahl ungefähr der Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen entsprach, ergibt sich nach dem Jahresbericht der Reichsanstalt für März 1936 eine Spanne von

2.684.000 unbeschäftigten Mitgliedern.

Als arbeitslos aber werden nur 1.937.000 gezählt, wo bleibt der Rest von rund 750.000 Mitgliedern. Eine Erklärung könnte lediglich in einer Vermehrung der erkrankten Kassenmitglieder gefunden werden. Der Jahresbericht aber sagt ausdrücklich: »Der Krankenstand war außerordentlich niedrig.«

Die Krankenziffer ist infolge der verschärften Bestimmungen gegenüber 1933 auf fast die Hälfte gesunken. Die Entlastung der Arbeitslosenstatistik durch die Entfernung der »unechten Arbeitslosen« macht also gute

Arbeitslose bei Arbeitsämtern Hauptunterstützungsempfänger, Arbeitslosen-Versich.					
Sept 1936	1,713	2,507	1,937	1,314	1,035
	0,239	0,650	0,405	0,163	0,122

Diese Zahlen besagen, daß von 10 Arbeitslosen nur noch je einer die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhält, auf die jedem Versicherten ein Rechtsanspruch zusteht.

Die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung ist überdies radikal abgebaut. Nimmt man die sonstigen Unterstützungseinrichtungen hinzu, so ergibt sich dieses Bild:

Sept 1936	
Arbeitslose bei den A-Ae	1.035.237
Unterstützt durch:	
Arbeitslosenversicherung	122.388
Krisenfürsorge	442.793
Wohlfahrt	194.110

Es bleiben demnach selbst nach frischeren amtlichen Zahlen rund

275.000 anerkannte Arbeitslose ohne Unterstützung.

weit höher aber dürfte die Zahl der »unechten Arbeitslosen« sein, die von der Statistik in keiner Weise erfaßt werden. Die Arbeitslosenversicherung von heute hat mit ihrem ursprünglichen Zweck nichts mehr zu tun. Sie vereinnahmt nach dem neuesten Bericht jährlich 1,4 Milliarden an Beiträgen und leistet für die versicherten arbeitslosen Mitglieder jährlich 300 Millionen an Unterstützung. Zur Finanzierung der Krisenfürsorge, die Sache von Staat und Gemeinde wäre, werden von diesen Beiträgen jährlich weitere 400

durch »Taten« dokumentiert, die in zwei Berichten veröffentlicht sind. Die Reichsanstalt gibt ihren Jahresbericht für Arbeitslosenhilfe in der Zeit vom 1. April 1935 bis 31. März 1936 bekannt. Gleichzeitig veröffentlicht die deutsche Sozialversicherung ihren Bericht vom 1. Halbjahr 1936.

Ein gültiger Weihnachtengel der Nazis hat zunächst einige Erleichterungen für die deutsche Erwerbslosenstatistik gebracht, die

das Elend der Arbeitslosen

in Zahlen um einiges zu vermindern bestimmt ist. Es gibt jetzt drei Klassen von Erwerbslosen: 1. die im Beruf Vollaussatzfähigen, 2. die noch in anderen Berufen Vollaussatzfähigen, 3. die Nichtvollaussatzfähigen. Die der 3. Gruppe zugehörigen Erwerbslosen gelten als »unechte Arbeitslose«. Zu den »Unechten« zählen Tausende von Arbeitern und Angestellten, die bisher noch als arbeitslos mitgezählt worden waren. Solche sind die Notstands- und Fürsorge(Pflicht)arbeiter, langfristige Erwerbslose, die als »Arbeitsentwöhnte« erklärt werden. Arbeiter, die ein Stückchen Land besitzen und darum nicht verpflanzt werden können, gelten ebensowenig als »voll einsatzfähig« wie die Kinderreichen. Schließlich wird der Kreis der »Unechten« vermehrt durch Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, der früheren marxistischen Organisationen und alle jüdischen Arbeiter.

Nach dieser letzten Zählmethode kommt der Jahresbericht der Reichsanstalt zu dem Ergebnis, daß die Zahl der Arbeitslosen seit der Machtübernahme um 4,1 Millionen zurückgegangen ist.

Dieser »Erfolg« des Arbeitseinsatzes müßte sich wenigstens ungefähr auch in der Zahl der Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik auswirken. Hier bleibt das erste Rätsel:

Fortschritte. In der zu erwartenden Jubiläumstatistik dürften die Erwerbslosen am 30. Januar 1937 völlig verschwunden sein.

Die »Unechten« bleiben ihrem traurigen Schicksal überlassen, sie sind weder »einsatzfähig«, noch haben sie irgend welche Unterstützungsansprüche, da sie nicht als »arbeitslos« anerkannt werden. Nicht weniger skandalös aber bleibt die Fürsorge für die übrigen Erwerbslosen. Die Arbeitslosenversicherung hat unter Hitler die Beiträge erhöht, dazu kommen die Pflichtleistungen für die sog. Arbeitslosenhilfe, die jeder in Beschäftigung stehende Arbeiter oder Angestellte vom Lohn abgezogen erhält.

Bei ständig steigenden Beitragseinnahmen wird der Kreis der Unterstützungsempfänger von Monat zu Monat weiter eingeeengt. Wir vervollständigen in der folgenden Übersicht den Jahresbericht bis zum September 1936:

Sept. 1935	Dez. 1935	März 1936	Juni 1936	Sept. 1936
(in Millionen)				
1,713	2,507	1,937	1,314	1,035
0,239	0,650	0,405	0,163	0,122

Millionen verausgibt, so daß 700 Millionen, d. h. die Hälfte aller Beiträge dem Reich für seine Kriegswirtschaft zufließen.

Im Weihnachtsaufruf der Arbeitsfront wird auch der Sozialrentner in einem Satz Erwähnung getan, es heißt dort:

»Denkt auch an die Arbeitsinvaliden und Veteranen, die früher in den Werken waren oder wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden sind.«

Dieses stille Gedenken der Invaliden findet im 1. Halbjahresbericht 1936 der Invalidenversicherung seinen Ausdruck. Es wird rühmend hervorgehoben, daß die Beitragseinnahmen erheblich angestiegen »sind, während die »Lasten des Versicherungsträgers« zurückgehen. Das Verhältnis zwischen Beitragseinnahmen und Rentenleistungen hat sich auch tatsächlich gewaltig verändert, ohne daß etwa die Zahl der Invaliden geringer geworden wäre.

1932		1936	
MILL. RM im Jahr			
Beitragseinnahmen	642	969	
Rentenleistungen	1172	1142	

Die Reichszuschüsse, wie sie der Invalidenversicherung für die Rentenleistung zufließen, sind fast gleich geblieben. Aus ihnen wird der sehr geringe Grundbetrag jeder Rente gedeckt. Bei den eigenen Leistungen des Versicherungsträgers haben sich nach dem Bericht 1936 erhebliche Beitragsüberschüsse ergeben.

Die Sanierung der Invalidenversicherung ist mittels eines brutalen Rentenabbaues, d. h. auf Kosten der Invaliden und Altersrentner, durchgeführt worden.

Vorläufig werden die ausgezahlten Hungerrenten in ihrer Höhe noch nicht bekannt gegeben. Aber schon die summarische Berichterstattung läßt die furchtbare Not der Arbeitsinvaliden erkennen. Auch in der Angestelltenversicherung konnte durch den Rentenabbau eine Erhöhung des Beitragsüberschusses erreicht werden.

»Nationalsozialistische Weihnachtens«, so schließt der Aufruf der Arbeitsfront, »heißt: Freude spenden. Kraft gewinnen zu neuem Schaffen für Führer, Volk und Nation.« Kanonen statt Butter, Sozialrentnerelend zur Stärkung der Wehrwirtschaft. Fröhliche Weihnachten im Dritten Reich.

Runter vom Baume — drauf auf den Spaten

Die Geschichtsverblödung nimmt in Deutschland immer tollere Formen an. Auf dem Goslarer Bauerntag hat es ein SS-Brigadeführer Dr. Reischle fertig gebracht, Judentum gleich Nomadentum zu setzen, weshalb der Jude dem Bauern feindlich sein müsse. Dann lehrte er laut Bericht der Nazipresse weiter:

»Das Bauerntum sei germanischen Ursprungs. Das bäuerliche Staatswesen ruhe auf der Arbeit und dem Gemeinschaftsgefühl des einzelnen. Bindungen für den Bauern seien zwar oft un bequem aber für die Ernährung des Volkes maßgebend. Wenn man den nomadischen Spaltplatz der Juden wieder einschleichen ließe, würde das deutsche Bauerntum wieder allmählich der allgemeinen Verelendung zugeführt werden. Die Lebensart der Nomaden sei schmarotzend, denn sie lebten vom Ertrag und der Arbeit anderer Menschen.«

Daß es einmal ein altjüdisches Reich mit jüdischen Ackerbauern, daß es zu allen Zeiten semitische Bauern gegeben hat, stört den Mann nicht. Daß die nomadisierende Horde, die Jäger- und Hirtenstufe eine Entwicklungsperiode aller Rassen bedeutet, weiß er nicht. Das Bauerntum haben seines Wissens die Germanen erfunden, die waren schon auf den Bäumen sesshaft. Er hat nie vom Nomadentum germanischer Stämme gehört, hat nie von einer jahrhundertlangen Völkerwanderung vernommen.

Aber das ist nur eins von vielen Beispielen der Umnachtung, die drüben die Geschichtsbetrachtung durchmacht. Jetzt figuriert als »anarchistische Urform« bereits das Nomadentum, indes die Germanen als Bauern von den Bäumen stiegen.

Und solche Verblödung wird armen, verdutzten Bauern auf einem Reichskongreß als Wissenschaft um die Ohren geschlagen! Es ist um wieder auf die Bäume zurück zu klettern.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif b. m. P. D. Zl. 159.354/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—) Danzig Guld 0.45 (5.40), Deutschland Mk 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029, Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.995. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.